

Prof. Dr. Silke Ruth Laskowski
Professur für Öffentliches Recht,
Völker- und Europarecht, Schwerpunkt Umweltrecht
Universität Kassel
Institut für Wirtschaftsrecht (FB 07)
Untere Königsstr. 71
34117 Kassel

26.08.2020

**Gutachten:
Windenergie und Naturschutz – Auswertung der Rechtsprechung ab
2012**

Im Auftrag der

Fachagentur Windenergie an Land e.V.
Fanny-Zobel-Straße 11
12435 Berlin

INHALTSVERZEICHNIS

A. ARTENSCHUTZ UND WINDENERGIE	3
I. Artenschutzprüfung (ASP)	3
1. Bestandserfassung der betroffenen Arten	4
a.) Bestandsaufnahme vor Ort	6
b.) Auswertung allgemeiner Erkenntnisquellen	6
c.) ASP bei „Allerweltsvogelarten“	7
2. Prüfung der artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote	7
a.) Tötungsverbot	8
aa.) Rotmilan	10
bb.) Schwarzmilan	10
cc.) Schwarzstorch	11
dd.) Kranich	11
ff.) Wespenbussard	12
gg.) Eulenarten	12
hh.) Fledermausarten	12
b.) Störungsverbot	13
c.) Beschädigungs- und Zerstörungsverbot	14
3. Ausnahmeverfahren	16
a.) Ausnahmeverfahren (Art. 16 FFH-RL, Art. 9 Vogelschutz-RL)	16
aa.) Ausnahmegründe (Art. 16 Abs. 1 FFH-RL)	16
bb.) Keine anderweitige zufriedenstellende Lösung	18
cc.) Günstiger Erhaltungszustand	18
dd.) Ausnahmereglung nach der Vogelschutz-RL	19
b.) Ausnahmeverfahren (§ 45 Abs. 7 BNatSchG)	19
aa.) Ausnahmegründe	20
(1) Zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses	20
(2) Öffentliche Sicherheit	21
bb.) Keine zumutbare Alternative	22
cc.) Keine Verschlechterung des Erhaltungszustandes	22
4. Artenschutzrechtliche Einschätzungsprärogative	23
II. Nachträgliche Artansiedlung	25
B. HABITATSCHUTZ UND WINDENERGIE	27
I. Reichweite des FFH-Gebietsschutzes	28
II. Beeinträchtigung der Erhaltungsziele	29
1. Geschützte Arten	30
2. Günstiger Erhaltungszustand	31
3. Beeinträchtigungen durch kumulative Auswirkungen	32
4. Schadensbegrenzungsmaßnahmen	34
a.) Abgrenzung von anderen Maßnahmen nach Art. 6 FFH-RL	34
b.) Wirksamkeit der Schutzmaßnahmen	35
c.) Schaffung von Lebensräumen als Schutzmaßnahmen	35
ANHANG I: RECHTSPRECHUNG – ARTENSCHUTZ	37
ANHANG II: RECHTSPRECHUNG – HABITATSCHUTZ	77

A. Artenschutz und Windenergie

Der Betrieb einer Windenergieanlage darf nicht gegen die Vorschriften zum Schutz wild lebender Tiere und besonders geschützter Arten verstoßen. Maßgebend sind unionsrechtliche Vorgaben der Flora Fauna Habitat-Richtlinie 92/43/EWG¹ (FFH-RL) und der Vogelschutz-Richtlinie 2009/147/EG² (Vogelschutz-RL), die durch das BNatSchG umgesetzt wurden. Nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BNatSchG ist es verboten, wild lebende Tiere der besonders geschützten Arten zu verletzen oder zu töten und wild lebende Tiere der besonders geschützten Arten während bestimmter Zeiten zu stören. Daneben ist auch das Beschädigungs- und Zerstörungsverbot der Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten zu beachten in § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG. In der Artenschutzprüfung ist neben der Ermittlung des zu prüfenden Artenspektrums darzulegen, dass nicht gegen diese Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG verstoßen wird. Ist ein Verstoß zunächst zu bejahen, ist es möglich, diesen durch sogenannte Vermeidungsmaßnahmen unter die Signifikanzschwelle zu senken. Kann das Eintreten der Verbotstatbestände auch unter Berücksichtigung von Vermeidungsmaßnahmen nicht verneint werden, sind die Ausnahmevoraussetzungen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG zu prüfen. Zum zentralen Prüfprogramm im Genehmigungsverfahren gehört außerdem die Frage nach der Verträglichkeit der Anlage mit den Erhaltungszielen von Natura 2000-Gebieten (FFH- und Vogelschutzgebiete).

I. Artenschutzprüfung (ASP)

Im Rahmen der Artenschutzprüfung (ASP) ist zunächst das Spektrum der betroffenen Arten zu ermitteln. Im Gegensatz zum Habitatschutz (Art. 6 FFH-RL) hat der EuGH die Anforderungen an die Sachverhaltsermittlung im Rahmen des Artenschutzes noch nicht konkretisiert (Art. 12 FFH-RL und Art. 5 Vogelschutz-RL, § 44 Abs. 1 BNatSchG). Eine Übertragung der habitatschutzrechtlichen Maßstäbe, die durchaus möglich wäre, lehnt das BVerwG in ständiger Rechtsprechung ab (jüngst BVerwG, Beschl. v. 08.03.2018 – 9 B 25/17 – juris, Rn. 19).³

¹ RL 92/43/EWG des Rates vom 21.05.1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, ABl. L 206 vom 22.07.1992, S. 7, zuletzt geändert durch RL 2013/17/EU des Rates vom 13.05.2013, Berichtigung ABl. L 095 vom 29.03.2014, S. 70 (2006/105).

² RL 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten, ABl. L 020 vom 26.01.2010, S. 7, zuletzt geändert durch RL 2013/17/EU des Rates vom 13.05.2013, ABl. L 158 vom 10.06.2013, S. 193.

³ Anders im Rahmen des artenschutzrechtlichen Ausnahmeverfahrens, dort gelten für die Alternativenprüfung nach der Rechtsprechung des BVerwG vergleichbare Grundsätze wie die des Habitatschutzes (BVerwG, Urt. v. 23.04.2014 – 9 A 25/12 – juris, Rn. 120).

1. Bestandserfassung der betroffenen Arten

Die Ermittlung der betroffenen Arten ist gesetzlich nicht geregelt, daher lassen sich **Art, Umfang, Methodik und Untersuchungstiefe** nur allgemein umschreiben und hängen maßgeblich von den „naturräumlichen Gegebenheiten des Einzelfalls ab“ (klarstellend BVerwG, Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/7 – juris, Rn. 59). Soweit sich Anforderungen aus den **Windenergie-Erlassen** der einzelnen Bundesländer ergeben, sprechen die Gerichte diesen ein zunehmendes Gewicht zu (OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 22.08.2018 – OVG 11 S 10.18 – juris, Rn. 11; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 20.02.2018 – 8 B 840/17 – juris, Rn. 26; OVG Saarland, Beschl. v. 05.09.2017 – 2 A 316/16 – juris, Rn. 23; in Bayern darf von den Bestimmungen des Leitfadens nicht ohne sachlichen Grund abgewichen werden, vgl. VGH Bayern, Beschl. v. 05.11.2019 – 22 CS 19.1568 – juris, Rn. 17; zu den Abweichungskompetenzen im Einzelfall OVG Niedersachsen, Beschl. v. 28.06.2019 – 12 ME 57/19 – juris, Rn. 28. f.). Der **VGH Hessen** vertritt die Auffassung, dass bei Unterschreitung der Mindestabstände im Leitfaden „Berücksichtigung der Naturschutzbelange bei der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen (WKA) in Hessen (Stand 2012)“ eine **Raumnutzungsanalyse** erforderlich sei, in der „orts- und vorhabensspezifisch entschieden [werden müsse], ob das Tötungsrisiko im Prüfbereich signifikant erhöht [sei]“ (VGH Hessen, Beschl. v. 21.12.2015 – 9 B 1607/15 – juris, Rn. 40). Die Anforderungen für die Raumnutzungsanalyse sind ebenfalls im Leitfaden beschrieben und werden vom VGH Hessen nach den dort genannten Maßstäben überprüft (VGH Hessen, Beschl. v. 21.12.2015 – 9 B 1607/15 – juris, Rn. 41 ff.).

Den von der *Länderarbeitsgemeinschaft der Staatlichen Vogelschutzwarten* (LAG VSW) formulierten „Abstandsempfehlungen für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten“ vom April 2015 – dem sog. **Helgoländer-Papier** – kommt zwar keine Bindungswirkung zu; gleichwohl sprechen ihm die Gerichte im Rahmen der naturschutzfachlichen Prüfung eine gewisse Bedeutung zu.⁴ So wird das Helgoländer Papier allein oder gemeinsam mit weiteren Beurteilungshilfen zur Klärung der naturschutzfachlichen Vertretbarkeit einer behördlichen Annahme herangezogen (OVG Mecklenburg-Vorpommern, Beschl. v. 27.06.2018 – 3 M 286/15 – juris, Rn. 84, „aus ornithologischer Sicht grundsätzlich gebotene Minimum zum Erhalt der biologischen Vielfalt“; OVG Sachsen, Beschl. v. 05.02.2018 – 4 B 127/17 – juris, Rn. 14; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 29.11.2017 – 8 B 663/17 – juris, Rn. 12 f.; VGH Baden-Württemberg, Beschl. v. 06.07.2016 – 3 S 942/16 – juris Rn. 71; siehe auch VG Kassel, Beschl. v. 14.12.2018 – 7 L 768/18.KS – juris, Rn. 79, 80, „aktueller Stand der Wissenschaft zwischen Rotmilan und Windenergie Mindestabstand 1500 m“ unter Bezugnahme auf LAG VSW, Stand April 2015, Tabelle 2; ebenso VG Düsseldorf, Urt. v. 7.3.2018 – 28 K 963/17 – juris, Rn. 84; s. auch VG Darmstadt, Beschl. v. 29.3.2018 – 6 L 3548/17.DA – juris, Rn. 150). Nach der Rechtsprechung des OVG

⁴ Dazu auch FA Wind, Das Helgoländer Papier in Rechtsprechung und Landesplanung, 2017, S. 3 ff.

Berlin-Brandenburg ist die Behörde zwar nicht verpflichtet, das Helgoländer Papier der Artenschutzprüfung zugrunde zu legen, sie „kann stattdessen“ auch die im Erlass des Brandenburgischen Umweltministeriums (2011) vorgegeben „Tierökologischen Abstandskriterien“ (TAK) heranziehen (OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 22.08.2018 – OVG 11 S 10.18 – juris, LS 2, Rn. 11). Im Ergebnis ähnlich eine aktuelle Entscheidung des OVG Rheinland-Pfalz, die mit einem kritischen Blick auf den aktuellen Stand des Helgoländer Papiers betont, es sei nicht ersichtlich, dass „allein die Mindestabstandsempfehlungen des „Helgoländer Papiers“ derzeit *noch*⁵ dem aktuellen Stand der Wissenschaft entsprechen bzw. sich insoweit bereits eine allgemeine Meinung in der Fachwissenschaft“ im Sinne der Rechtsprechung des BVerfG (BVerfG, Beschl. v. 23.10.2018 – 1 BvR 2523/13, 1 BvR 595/14 – juris, Rn. 18 ff.) herausgebildet habe. Gleichwohl setzt das OVG voraus, dass die im Rahmen der naturschutzfachlichen Einschätzungsprärogative getroffene Einschätzung „gerade in Auseinandersetzung mit dem „Helgoländer Papier““ erfolgt (OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 08.05.2019 – 8 B 10483/19 – juris, Rn. 12).

Sofern Erlasse oder Leitfäden der o.g. Art fehlen, bestimmt sich die artenschutzrechtliche Prüfung nach den „naturräumlichen Gegebenheiten des Einzelfalles“. Das BVerwG fordert von der Behörde eine **ausreichende Ermittlung und Bestandsaufnahme** der im Umfeld des Vorhabens vorhandenen Tierarten, die die Behörde in die Lage versetzen, den Verbotstatbestand „sachgerecht“ prüfen zu können. Die Behörde ist jedoch nicht verpflichtet, ein lückenloses Arteninventar zu erstellen; sie hat jedoch Daten zur Häufigkeit und Verteilung der geschützten Tierarten sowie deren Lebensstätten zu ermitteln (BVerwG, Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/07 – juris, Rn. 54). In der Regel werden die Behörden ihre Daten aus einer Bestandserfassung vor Ort und der Auswertung bereits vorhandener Erkenntnisse und der Fachliteratur gewinnen. Beide Quellen ergänzen sich hierbei wechselseitig (BVerwG, Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/7 – juris, Rn. 59; zusammenfassend für die Windenergie VG Düsseldorf, Urt. v. 19.09.2019 – 28 K 3594/17 – juris, Rn. 109). So können insbesondere Erkenntnislücken im Rahmen der Bestandsaufnahme vor Ort durch zusätzliche Erkenntnisse aufgrund der allgemeinen ökologischen Literatur geschlossen werden (BVerwG, Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/7 – juris, Rn. 62). Selbst ältere Daten können noch verwendet werden, sofern (durch Vorhabenträger und Behörde) geprüft wurde, ob diese älteren Erkenntnisse im Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens noch belastbar und aussagekräftig sind (BVerwG, Urt. v. 09.11.2017 – 3 A 4/15 – juris, Rn. 44 – Daten älter als fünf Jahre).

Allerdings zeichnet sich nach der Entscheidung des **BVerfG** vom 23.10.2018 nun **gesetzlicher Regelungsbedarf** ab. Wie das BVerfG betont, dürfe der Gesetzgeber „in grundrechtsrelevanten Bereichen (...) der Rechtsanwendung nicht ohne weitere Maßgaben auf Dauer Entscheidungen in einem fachwissenschaftlichen „Erkenntnisvakuum“ übertragen, das weder Verwaltung noch Gerichte selbst auszufüllen vermögen.“ Daraus folgt: Sind „fachliche Zusammenhänge längerfristig

⁵ Hervorhebung durch die Verfasserin.

ungeklärt, muss der Gesetzgeber für eine zumindest untergesetzliche Maßstab-
bildung sorgen“ (BVerfG, Beschl. v. 23.10.2018 – 1 BvR 2523/13, 1 BvR 595/14 –
juris, LS 2, Rn. 24).

a.) Bestandsaufnahme vor Ort

Regelmäßig ist eine **Bestandsaufnahme vor Ort** durch Begehung erforderlich
(BVerwG, Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/07 – juris, Rn. 60). Methode, Art und Umfang
der Bestandsaufnahme lassen sich nicht abstrakt bestimmen, sondern hängen
vom Einzelfall ab (BVerwG, Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/07 – juris, Rn. 59). Zum
fachlichen Standard einer Begehung gehören zumindest die Dokumentation
von Datum, Beginn und Ende, Witterungsbedingungen sowie der Anzahl der Be-
gehungen (BVerwG, Urt. v. 09.11.2017 – 3 A 4/15 – juris, Rn. 46, 57). Für Vögel
der offenen Feldflur können fünf Begehungen in einem Zeitraum von April bis Mitte
Juli ausreichend sein, für Vögel der Wälder sind mehr als fünf Begehungen und
ein längerer Zeitraum erforderlich (BVerwG, Urt. v. 9.11.2017 – 3 A 4/15 – juris,
Rn. 44 f.). Eine Bestandserfassung der Vogelarten durch Netzfänge ist aufgrund
des erheblichen Stresses für die Tiere restriktiv zu handhaben (BVerwG, Urt. v.
27.11.2018 – 9 A 8/17 – juris, Rn. 107). Bei **älteren Daten** trifft die Behörde eine
Prüfpflicht, ob die Daten im Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens noch aussa-
gekräftig und belastbar sind. Ob und in welchem Umfang neu zu Kartieren ist,
hängt vom Ergebnis dieser Prüfung ab (BVerwG, Urt. v. 29.06.2017 – 3 A 1/16 –
juris, Rn. 124 ff.).

b.) Auswertung allgemeiner Erkenntnisquellen

Zulässige **allgemeine Erkenntnisquellen** für das Vorkommen von Arten oder de-
ren Verhaltensweisen sind Kataster, Register und Datenbanken öffentlicher Stel-
len, Abfragen bei den Fachbehörden und bei Stellen des ehrenamtlichen Natur-
schutzes, gutachtliche Stellungnahmen aus Anlass anderer Planvorhaben oder
aus Forschungsprojekten und die naturschutzfachliche Literatur im Allgemeinen
(BVerwG, Urt. v. 06.04.2017 – 4 A 16/16 – juris, Rn. 62; Urt. v. 09.07.2008 – 9 A
14/07 – juris, Rn. 61). Erkenntnislücken können auch mit Analogieschlüssen ge-
schlossen werden, sofern wissenschaftliche Standards bei der Deduktion beachtet
werden (BVerwG, Urt. v. 28.04.2016 – 9 A 9/15 – juris, Rn. 115). Daher können
zum Beispiel Annahmen zur Habitateignung **seltenere Vogelarten auf Analogie-
schlüsse** aus Erkenntnissen anderer Vogelarten gestützt werden, auch wenn die
Eignung statistisch – und damit in einem streng wissenschaftlichen Sinn – nicht
bewiesen werden kann (BVerwG, Urt. v. 27.11.2018 – 9 A 8/17 – juris, Rn. 133 f.).
Schließlich ist es zulässig, mit Prognosewahrscheinlichkeiten, Schätzungen und
negativen Wahrunterstellungen zu arbeiten (BVerwG, Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/7
– juris, Rn. 63). Folglich darf die Existenz einer Art im Genehmigungsverfahren
unterstellt werden, auch wenn sich deren Vorkommen nicht feststellen lässt
(BVerwG, Urt. v. 06.04.2017 – 4 A 16/16 – juris, Rn. 63).

c.) ASP bei „Allerweltsvogelarten“

Der ASP kann grundsätzlich eine **Vorprüfung** vorausgehen, in der „**Allerweltsvogelarten**“ von der eigentlichen ASP ausgeschlossen werden (BVerwG, Urt. v. 06.04.2017 – 4 A 16/16 – juris, Rn. 65). Für diese nicht planungsrelevanten Vogelarten ist eine raumbezogene Bestandsaufnahme und eine raumbezogene Prüfung der Verbotstatbestände nicht erforderlich (BVerwG, Beschl. v. 08.03.2018 – 9 B 25/17 – juris, LS 2; Urt. v. 06.04.2017 – 4 A 16/16 – juris, Rn. 65). Die Behörde verfügt über eine naturschutzfachliche Einschätzungsprärogative dahingehend, ob und inwieweit sie auf die raumbezogene Ermittlung und Prüfung verzichtet (BVerwG, Beschl. v. 08.03.2018 – 9 B 25/17 – juris, LS 2, Rn. 27; zur Ermittlungstiefe bereits BVerwG, Urt. v. 09.11.2017 – 3 A 4/15 – juris, Rn. 44).

Ob eine Vogelart planungsrelevant ist, bemisst sich nach naturschutzfachlichen Kriterien (BVerwG, Beschl. v. 08.03.2018 – 9 B 25/17 – juris, Rn. 26 f.), wobei der Behörde auch hier eine Einschätzungsprärogative zusteht (BVerwG; Urt. v. 06.04.2017 – 4 A 16/16 – juris, Rn. 65). Nichtplanungsrelevant sind nach der Rechtsprechung Vogelarten, „**die nicht gefährdet, sondern allgemein verbreitet sind** (bezogen auf die Landesfläche bzw. die Region Tiefland-West), oder die **keine besondere Empfindlichkeit gegenüber Wirkungen des Vorhabens aufweisen**“ (BVerwG, Urt. v. 06.04.2017 – 4 A 16/16 – juris, Rn. 65). Gleiches gilt für „unstete Vorkommen wie [im betreffenden Bundesland] ausgestorbene Arten, Irrgäste sowie sporadische Zuwanderer“ (BVerwG, Beschl. v. 08.03.2018 – 9 B 25/17 – juris, Rn. 26).

Welche konkreten Anforderungen an die Vorprüfung zu stellen sind, ist noch nicht abschließend geklärt. Das BVerwG hält zumindest eine „**Art-für-Art-Betrachtung**“ **nicht für erforderlich** (BVerwG, Beschl. v. 08.03.2018 – 9 B 25/17 – juris, Rn. 26, für die Bildung von Gilden siehe ferner Rn. 27; Beschl. v. 28.11.2013 – 9 B 14/13 = NVwZ 2014, 361 ff., Rn. 20), ausreichend sei eine „**überschlägige Prüfung**“ (BVerwG, Urt. v. 06.04.2017 – 4 A 16/16 – juris, Rn. 65).

2. Prüfung der artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote

An die Bestandsermittlung der betroffenen Arten schließt sich die Prüfung der artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote an. Während des Betriebs von Windenergieanlagen sind insbesondere das Tötungsverbot (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG) und das Störungsverbot (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG) von Bedeutung. Beim Bau der Anlagen ist zusätzlich das Verbot der Beschädigung und Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten zu beachten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG). Alle Zugriffsverbote besitzen einen unionsrechtlichen Hintergrund. § 44 Abs. 1 Nr. 1 - 3 BNatSchG setzt das Tötungs- und Störungsverbot europäischer Vogelarten und der streng zu schützenden Arten von gemeinschaftlichem Interesse sowie das Verbot, deren Fortpflanzungs- und Ruhestätte zu beschädigen oder zu zerstören, um (Art. 5 Buchst. a, b und d Vogelschutz-RL und Art. 12 Abs. 1 Buchst. a - d FFH-RL).

a.) Tötungsverbot

Nach Art. 12 Abs. 1 Buchst. a FFH-RL ist die absichtliche Tötung der streng zu schützenden Tierarten von gemeinschaftlichem Interesse⁶ verboten und gilt ausschließlich für die aus der Natur entnommenen Exemplare.⁷ Den Begriff der Absicht hat der EuGH bereits definiert, er umfasst die gewollte oder in Kauf genommene Tötung. Demnach kann eine absichtliche Tötung vorliegen, wenn eine Behörde in Kenntnis der Tötungsgefahren eine Genehmigung erteilt (EuGH, Ur. v. 18.05.2006 – Rs. C-221/04, ECLI:EU:C:2006:329, Rn. 71 ff.). Zur Auslegung des Begriffs der Tötung hat sich der EuGH bisher noch nicht geäußert, in der bisherigen Rechtsprechung hat das Signifikanzkriterium jedenfalls keine Rolle gespielt (EuGH, Ur. v. 10.10.2019 – Tapiola – Rs. C-674/17, ECLI:EU:C:2019:851, Rn. 26 f.; Ur. v. 17.04.2018 – Kommission/Polen – Rs. C-441/17, ECLI:EU:C:2018:255, Rn. 230; Ur. v. 10.11.2016 – Kommission/Griechenland – Rs. C-504/14, ECLI:EU:C:2016:847, Rn. 139 ff.; Ur. v. 18.05.2016 – Kommission/Spanien – Rs. C-221/04, ECLI:EU:C:2006:329, Rn. 48 f., 59 ff.).⁸ Im Übrigen verneint das BVerwG in ständiger Rechtsprechung die Notwendigkeit einer Vorlage an den EuGH (jüngst BVerwG, Ur. v. 27.11.2018 – 9 A 8/17 – juris, Rn. 97 ff.).

Das Tötungsverbot in § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist verletzt, wenn ein wild lebendes Tier der besonders geschützten Arten getötet wird. Ein Verstoß liegt allerdings nicht vor, wenn sich das Tötungsrisiko nicht signifikant erhöht hat und trotz Anwendung von Schutzmaßnahmen nicht vermieden werden kann (§ 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG). Das Signifikanzkriterium in § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG wurde erst 2017 in das BNatSchG eingefügt.⁹ Es greift die ständige Rechtsprechung des BVerwG auf, wonach ein Verstoß gegen das Tötungsverbot nur dann vorliegt, wenn sich das Tötungsrisiko durch ein Vorhaben in signifikanter Weise erhöht und trotz Vermeidungsmaßnahmen nicht unter die Signifikanzschwelle gesenkt werden kann (grundlegend BVerwG Ur. v. 09.07.2008 – 9 A 14/07 – juris, Rn. 90 f.; keine Änderungen der Rechtslage durch die Gesetzesänderung vgl. VGH Bayern, Beschl. v. 27.11.2017 – 22 CS 17.1574 – juris, Rn. 32).

Tötungsrisiken können sich aus dem Betrieb, dem Bau oder der Anlage selbst ergeben (BVerwG, Beschl. v. 08.03.2018 – 9 B 25/17 – juris, Rn. 11). Signifikant erhöht ist das Tötungsrisiko, wenn es aufgrund besonderer Umstände **über** dem „**vorhabenunabhängigen Grundrisiko**“ liegt (BVerwG, Beschl. v. 08.03.2018 – 9 B 25/17 – juris, Rn. 11).

⁶ Die streng zu schützenden Arten von gemeinschaftlichem Interesse sind im Anhang IV Buchst. a FFH-RL aufgelistet (Art. 12 Abs. 1 FFH-RL).

⁷ Art. 1 Buchst. m FFH-RL definiert den Begriff des Exemplars als *jedes Tier [...] der in Anhang IV [...] aufgeführten Arten*.

⁸ Rechtsvergleichend ist festzustellen, dass die Mitgliedstaaten das Tötungsverbot unterschiedlich auslegen. Während in den Niederlanden der Tatbestand bereits bei der Tötung eines einzelnen Exemplars erfüllt ist, müssen in Belgien erhebliche Auswirkungen auf die Population bestehen; vgl. dazu *Backes*, ZUR 2018, 587 (589 f.).

⁹ Art. 1 Nr. 6 Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 15.08.2017, BGBl. I S. 3434.

Das **Kriterium der Signifikanz** ist durch eine **wertende Betrachtung** auszufüllen (BVerwG, Urt. v. 27.11.2018 – 9 A 8/17 – juris, Rn. 98).¹⁰ In die Bewertung fließen insbesondere mit ein (vgl. BVerwG, Urt. v. 14.07.2011 – 9 A 12/10 – juris, Rn. 99):

- die artenspezifischen Verhaltensweisen
- die häufige Frequentierung des durchschnittlichen Raumes
- die Wirksamkeit vorgesehener Schutzmaßnahmen.

Gegebenenfalls sind noch weitere Kriterien zu berücksichtigen, „die im Zusammenhang mit der Biologie der Art stehen“ (BVerwG, Urt. v. 10.11.2016 – 9 A 18/15 – juris, Rn. 84). Die Behörde verfügt über eine Einschätzungsprärogative, welche Kriterien sie zur Beurteilung der Signifikanz heranzieht und wie sie diese bewertet (BVerwG, Urt. v. 14.07.2011 – 9 A 12/10 – juris, Rn. 99). **Vorbelastungen**¹¹ im Umfeld des Vorhabens, die bereits zu einem gesteigerten Tötungsrisiko geführt haben, bleiben unberücksichtigt (BVerwG, Beschl. v. 08.03.2018 – 9 B 25.17 – juris, Rn. 11 und Beschl. v. 20.03.2018 – 9 B 43/16 – juris, Rn. 53; Urt. v. 10.11.2016 – 9 A 18/15 – juris, Rn. 84; OVG Münster, Beschl. v. 01.04.2019 – 8 B 1013/18 – juris, Rn. 10, 25). Im Übrigen führt das Signifikanzkriterium nicht dazu, dass das Tötungsverbot einer populationsbezogenen Relativierung zugänglich wird. Denn der Erhaltungszustand einer Art spielt für die Erhöhung des Tötungsrisikos keine Rolle, vielmehr kann der Verbotstatbestand bereits bei der Tötung eines einzelnen Exemplars erfüllt sein. Die einschränkende Auslegung ergibt sich nach Ansicht des BVerwG aus dem Verhältnismäßigkeitsmaßstab, da bei der Realisierung von Vorhaben die Tötung einzelner Exemplare regelmäßig unvermeidbar ist und daher die Erteilung einer Ausnahme nach § 45 BNatSchG zur Regel werden würde (BVerwG Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/07 – juris, Rn. 91).¹²

Ein zunächst festgestelltes signifikant erhöhtes Tötungsrisiko kann durch Vermeidungsmaßnahmen¹³ unter die Signifikanzschwelle gesenkt werden. Schutzmaßnahmen sind Maßnahmen, „mittels deren Tötungsrisiken innerhalb [eines] Risikobereichs verbleiben“, der z.B. mit einem Verkehrsweg „im Naturraum immer verbunden ist“ (BVerwG, Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/07 – juris, Rn. 91). Die Einschätzungsprärogative gilt auch für die Beurteilung der **Wirksamkeit von Vermeidungsmaßnahmen** (BVerwG, Urt. v. 28.04.2016 – 9 A 9/15 – juris, Rn. 144). Für die Beurteilung der Wirksamkeit gilt der Maßstab der praktischen Vernunft (BVerwG, Urt. v. 08.01.2014 – 9 A 4/13 – juris, Rn. 99). Anders als im Habitatschutz setzt daher die Wirksamkeit einer Vermeidungsmaßnahme nicht voraus, dass die Beeinträchtigung mit Gewissheit ausgeschlossen werden kann (BVerwG,

¹⁰ Zur Position des BVerfG siehe Fn. 19.

¹¹ Bei der Bewertung des Erhaltungszustandes im Ausnahmeverfahren und bei der Verträglichkeitsprüfung im Habitatschutz sind Vorbelastungen dagegen zu berücksichtigen (siehe unten A. I. 3. cc.), B. II. 3.

¹² Ausweislich der Gesetzesbegründung sollte die Übernahme des Signifikanzkriteriums die Auffassung des BVerwG bestätigen, vgl. BT-DRs. 18/11939, S. 17.

¹³ Der Gesetzeswortlaut verwendet die Bezeichnung Schutzmaßnahmen (vgl. § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG), während das BVerwG von Vermeidungsmaßnahmen spricht (vgl. BVerwG Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/07 – juris, Rn. 91).

Urt. v. 27.11.2018 – 9 A 8/17 – juris, Rn. 123). Ein Schutzkonzept bestehend aus Abschaltalgorithmen und Monitoring-Auflage ist in der Rechtsprechung als eine dem Stand der Wissenschaft entsprechende Vermeidungsmaßnahme anerkannt (für Fledermäuse OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 20.09.2018 – 8 A 11958/17 – juris, Rn. 110; OVG Sachsen-Anhalt, Urteil vom 13.09. 2017 – 3 L 145/14 – juris, Rn. 52 ff.) Schließlich ist zu beachten, dass Vermeidungsmaßnahmen, die ergriffen werden, um das Risiko zu senken, unter das Störungsverbot des § 44 Abs. 2 Nr. 2 BNatSchG fallen können (BVerwG, Urt. v. 27.11.2018 – 9 A 8/17 – juris, Rn. 125).

aa.) Rotmilan

Nach der Rechtsprechung des **VGH Hessen** ist für den **Rotmilan** das Tötungsrisiko signifikant erhöht, wenn der Abstand zwischen Horst und Windenergieanlage weniger als 1000 Meter beträgt. Nutzen **mehrere Rotmilanpaare** ein Gebiet als **Nahrungshabitat**, kann es im Umkreis einer Windenergieanlage von 6000 Metern zu einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos kommen. In beiden Fällen ist aber eine Raumnutzungsanalyse durchzuführen, in der das signifikant erhöhte Tötungsrisiko konkret geprüft wird (VGH Hessen, Beschl. v. 17.12.2013 – 9 A 1540/12.Z – juris, Rn. 11, insbesondere zur Raumnutzungsanalyse VGH Hessen, Beschl. v. 14.05.2019 – 9 B 2016/18 – juris, Rn. 14; Beschl. v. 21.12.2015 – 9 B 1607/15 – juris, Rn. 40; Beschl. v. 28.01.2014 – 9 B 2184/13 – juris, Rn. 17). Auch von anderen Oberverwaltungsgerichten wird ein Abstand zwischen einer Windenergieanlage und einem festgestellten Rotmilan-Horst von weniger als 1.000 Meter im Hinblick auf das Tötungsverbot in der Regel kritisch betrachtet (VGH Baden-Württemberg, Beschl. vom 06.07.2016 – 3 S 942/16 – juris, Rn. 46). In zwei aktuellen Entscheidungen hat das **VG Kassel** entschieden, dass nach dem aktuellen Stand der ökologischen Wissenschaft der Mindestabstand auf 1500 Meter Entfernung anzuheben sei (VG Kassel, Beschl. v. 14.12.2018 – 7 L 768/18.KS – juris, Rn. 80; VG Kassel, Urt. v. 19.12.2018 – 7 K 2906/16.KS – juris, Rn. 158). Allerdings kann auch beim Rotmilan das Tötungsrisiko durch **Vermeidungsmaßnahmen** unter die Signifikanzschwelle gesenkt werden (verneint für den konkreten Fall VGH Baden-Württemberg, Beschl. v. 06.07.2016 – 3 S 942/16 – juris, Rn. 57 ff.).

bb.) Schwarzmilan

Nach der Rechtsprechung ist es fachlich vertretbar, den Schwarzmilan als windkraftsensibile Vogelart oder auch als kollisionsgefährdete Vogelart einzustufen (VGH Baden-Württemberg, Beschl. v. 06.07.2016 – 3 S 942/16 – juris, Rn. 68; VG Hannover, Beschl. v. 04.07.2017 – 12 B 1966/17 – juris, Rn. 105; VG Augsburg, Urt. v. 02.07.2015 – Au 4 K 13.567 – juris, Rn. 84). Nach Ansicht des VGH Baden-Württemberg ist der Schwarzmilan in etwas geringerem Maße schlaggefährdet als der Rotmilan. Allerdings sei auch in Bezug auf den Schwarzmilan innerhalb eines Umkreises von 1.000 Metern um Fortpflanzungs- oder Ruhestätten sowie in regelmäßig frequentierten Nahrungshabitaten und Flugkorridoren von einem erhöhten

Tötungsrisiko auszugehen. Das signifikante Tötungsrisiko könne aber ausgeschlossen werden, wenn der Schwarzmilan die Bereiche innerhalb des Umkreises von 1.000 Metern nicht regelmäßig nutze oder Vermeidungsmaßnahmen getroffen werden würden (VGH Baden-Württemberg, Beschl. v. 06.07.2016 – 3 S 942/16 – juris, Rn. 66 ff.). Dementsprechend hat das OVG Sachsen ein erhöhtes Tötungsrisiko des Schwarzmilans ausgeschlossen, obwohl der Brutplatz lediglich 750 Meter von der Windenergieanlage entfernt lag, der Schwarzmilan den Bereich um die Windenergieanlage aber nicht queren musste, um sein bevorzugtes Nahrungshabitat zu erreichen (OVG Sachsen, Beschl. v. 27.03.2018 – 4 B 185/17 – juris, Rn. 34).

cc.) Schwarzstorch

Nach Ansicht des VG Gießen ist die Einordnung des Schwarzstorches als „windkraftsensible Art“ fachlich noch umstritten (VG Gießen, Urt. v. 13.06.2018 – 1 K 311/17.GI – juris, Rn. 30; die Bewertung als nicht „windkraftsensible Art“ für vertretbar haltend VGH Hessen, Beschl. v. 28.01.2014 – 9 B 2184/13 – juris, Rn. 25; dagegen als generell schlaggefährdet für vertretbar haltend VG Kassel, Beschl. v. 02.08.2018 – 2 L 1764/18.KS – juris, Rn. 93 ff.). Unabhängig von dieser Einordnung wird von der Rechtsprechung ein erforderlicher Schutzbereich von 3000 Metern zum Brutplatz angenommen. Allerdings könne auch bei Unterschreitung dieses Mindestabstandes ein erhöhtes Tötungsrisiko ausgeschlossen werden, wenn das konkrete Umfeld der Windenergieanlage vom Schwarzstorch weder als Nahrungshabitat genutzt noch zur Nahrungssuche überflogen werde (OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 22.08.2018 – OVG 11 S 10.18 – juris, Rn. 12, 14; VGH Hessen, Beschl. v. 07.09.2017 – 9 A 1785/15.Z – juris, Rn. 12; Beschl. v. 28.01.2014 – 9 B 2184/13 – juris, Rn. 25; VG Kassel, Urt. v. 02.03.2016 – 1 K 1122/13.KS – juris Rn. 64 ff.). Der VGH Hessen entschied 2017, dass ein gutachterlich festgestelltes erhöhtes Tötungsrisiko innerhalb des Schutzbereiches nicht allein durch die Störwirkung einer Windenergieanlage in Frage gestellt werden könne (VGH Hessen, Beschl. v. 07.09.2017 – 9 A 1785/15.Z – juris, Rn. 12). Werden andere Nahrungshabitate mit dem Ziel geschaffen, dass der Schwarzstorch das Umfeld einer Windenergieanlage nicht mehr zur Nahrungssuche nutzt, kann von der Wirksamkeit dieser Vermeidungsmaßnahme nicht ohne weiteres ausgegangen werden. Denn der Schwarzstorch halte an seinen angestammten Nahrungshabitaten fest, zumal dann, wenn der Bereich um eine Windenergieanlage ein optimales Nahrungshabitat darstellt (VG Gießen, Urt. v. 13.06.2018 – 1 K 311/17.GI – juris, Rn. 50).

dd.) Kranich

Das OVG Rheinland-Pfalz geht davon aus, dass nach derzeitigem Stand der ökologischen Wissenschaft ziehende Kraniche auch bei Kumulation mehrerer Windenergieanlagen keinem signifikantem Tötungsrisiko unterliegen (OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 31.10.2019 – 1 A 11643/17 – juris, Rn. 40).

ff.) Wespenbussard

Nach der Ansicht des OVG Rheinland-Pfalz ist der Wespenbussard keine „windkraftsensible Vogelart“. In der ökologischen Wissenschaft werde diese Bewertung mittlerweile zwar bestritten, diese Meinung entspräche indes noch nicht dem gesicherten fachlichen Stand (OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 08.05.2019 – 8 B 10483/19 – juris, Rn. 15).

gg.) Eulenarten

Das Jagdgebiet der Schleiereule umfasst in der Regel eine Fläche von 1 km² um den Brutplatz, sodass Vorhaben innerhalb dieses Bereiches das Tötungsrisiko in signifikanter Weise erhöhen. Allerdings kann sich das Jagdgebiet aufgrund eines besonders attraktiven Nahrungsangebotes im konkreten Fall auf eine geringere Fläche erstrecken (zum Neubau einer Straße BVerwG, Urt. v. 27.11.2018 – 9 A 8/17 – juris, Rn. 115).

Das BVerwG hat in einer Entscheidung, die den Neubau einer Autobahn betraf, die "Abstandsempfehlungen für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten - Stand April 2015" der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten herangezogen und das Kollisionsrisiko für den **Uhu** bei einem Mindestabstand von 1000 Meter zum Brutplatz ausgeschlossen (BVerwG, Urt. v. 27.11.2018 – 9 A 8/17 – juris, Rn. 122). Aufgrund des Jagdverhaltens verneinte der VGH Hessen ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko auch im Falle eines geringeren Abstands zwischen Horst und Windenergieanlage (VGH Hessen, Beschl. v. 03.11.2015 – 9 B 1051/15, 9 E 1161/15 – juris, Rn. 66). Grundsätzlich wird von einem sinkenden Kollisionsrisiko bei steigender Nabenhöhe ausgegangen (VGH Hessen, Beschl. v. 28.01.2014 – 9 B 2184/13 – juris, Rn. 24; VGH Bayern, Beschl. v. 08.06.2015 – 22 CS 15.686 u.a. – juris, Rn. 47, VG Wiesbaden, Urt. 24.07.2020 – 4 K 2962/16.WI). Das VG Gießen geht jedoch davon aus, dass im Einzelnen auch mit Höhenflügen des Uhus von über 80 Metern zu rechnen ist (VG Gießen, Urt. v. 03.09.2019 – 3 K 250/16.GI – juris, Rn. 122). Das OVG Rheinland-Pfalz bewertet den Uhu als windkraftsensible und kollisionsgefährdete Vogelart (unter Bezugnahme auf den „Naturschutzfachlichen Rahmen zum Ausbau der Windenergienutzung in Rheinland-Pfalz“ Stand 2012 OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 20.09.2018 – 8 A 11958/17 – juris, Rn. 116, ebenso VG Gießen, Urt. v. 03.09.2019 – 3 K 250/16.GI – juris, Rn. 109).

hh.) Fledermausarten

Für Fledermäuse nimmt das BVerwG eine signifikante Erhöhung des Kollisionsrisikos an, wenn Hauptflugruten oder bevorzugte Jagdgebiete betroffen sind (zum Neubau einer Straße BVerwG, Urt. v. 28.04.2016 – 9 A 10/15 – juris, Rn. 141). Als geeignete Vermeidungsmaßnahmen gelten nach der Rechtsprechung Abschaltalgorithmen mit einer Monitoring-Auflage (für den Fall einer Windenergieanlage VGH Hessen, Beschl. v. 04.08.2016 – 9 B 2744/15 – juris, Rn. 16; OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 27.4.2017 – 8 B 10738/17 – juris, Rn. 14 ff.; OVG Niedersachsen,

Urt. v. 25.10.2018 – 12 LB 118/16 – juris, Rn. 215). Das OVG Rheinland-Pfalz nimmt für die Fledermausarten „Bechsteinfledermaus“ und „Großes Mausohr“ unter Bezugnahme auf den „Naturschutzfachlichen Rahmen zum Ausbau der Windenergienutzung in Rheinland-Pfalz“ (Stand 2012) an, dass nach dem Stand der Wissenschaft von einem nur geringen Schlagrisiko auszugehen sei (OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 20.09.2018 – 8 A 11958/17 – juris, Rn. 110).

b.) Störungsverbot

Das Störungsverbot ist in Art. 12 Abs. 1 Buchst. b FFH-RL und in Art. 5 Buchst. b Vogelschutz-RL geregelt. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG setzt beide Bestimmungen in nationales Recht um. Danach ist es verboten, die geschützten Tierarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- oder Wanderungszeit erheblich zu stören. Erheblich ist die Störung, wenn sich der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 S. 2 BNatSchG). Der Erhaltungszustand einer Art ist in Art. 1 Buchst. i FFH-RL legaldefiniert und erfasst danach die Gesamtheit der Einflüsse, die sich langfristig auf die Verbreitung und die Größe der Populationen der betroffenen Arten in dem Gebiet auswirken können (OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 11.08.2009 – OVG 11 S 58.08 – juris, Rn. 8). Eine Verschlechterung des Erhaltungszustandes liegt insbesondere vor, wenn „Überlebenschancen, der Brut-erfolg oder die Reproduktionsfähigkeit vermindert werden, wobei dies artspezifisch für den jeweiligen Einzelfall untersucht und beurteilt werden muss“ (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 06.08.2019 – 8 B 409/18 – juris, Rn. 39; OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 11.08.2009 – OVG 11 S 58.08 – juris, Rn. 8).

Störungen im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG können sich aus „bau- und betriebsbedingten Beeinträchtigungen [...] in der Gestalt von **akustischen und optischen Störwirkungen**“ ergeben (grundlegend BVerwG, Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/07 – juris, Rn. 105). Zudem ist es möglich, dass Störungen auch von der Anlage selbst ausgehen (BVerwG, Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/07 – juris, Rn. 105). Dies ist insbesondere bei „**Trennwirkungen**“ der Fall (BVerwG, Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/07 – juris, Rn.105), die beispielweise zu einer Unterbrechung von Flugrouten führen (BVerwG, Urt. v. 28.03.2013 – 9 A 22/11 – juris, Rn. 119; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 06.08.2019 – 8 B 409/18 – juris, Rn. 40; Beschl. v. 22.05.2017 – 8 B 927/16 – juris, Rn. 31). Auch der Umstand, dass das Erscheinungsbild einer Anlage ein Meideverhalten bei der in Frage stehenden Art auslöst, stellt eine Störung im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG dar (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 06.08.2019 – 8 B 409/18 – juris, Rn. 42; OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 14.10.2014 – 8 C 10233/14 – juris, Rn. 67).

Nach Auffassung des OVG Rheinland-Pfalz erfasst der Störungstatbestand nicht jede nachteilige Auswirkung. Erforderlich sei vielmehr eine unmittelbare Einwirkung, die eine Verhaltensänderung bewirke (OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 14.10.2014 – 8 C 10233/14 – juris, Rn. 67). So hat das Gericht die Störwirkung

verneint, obgleich aufgrund der Realisierung eines Vorhabens ein Nahrungshabitat nicht mehr genutzt werden konnte, aber keine Angst-, Flucht- oder Schreckreaktionen verursacht wurden (OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 14.10.2014 – 8 C 10233/14 – juris, Rn. 67). Das BVerwG und das OVG Nordrhein-Westfalen betrachten die Verkleinerung eines Jagdhabitats als Störungshandlung (zum Störungsverbot in der Fassung des § 42 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG a.F. BVerwG, Urt. v. 12.03.2008 – 9 A 3/06 – juris, Rn. 230; zum Störungsverbot in § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG (aktuelle Fassung) OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 06.08.2019 – 8 B 409/18 – juris, Rn. 40; Beschl. v. 22.05.2017 – 8 B 927/16 – juris, Rn. 31, BVerwG, Urt. v. 06.11.2012 – 9 A 17/11 – juris, Rn. 107). Für die Bewertung des Störungsverbots steht der Behörde eine Einschätzungsprärogative zu (grundlegend BVerwG Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/07 – juris, Rn. 64 ff., 106; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 06.08.2019 – 8 B 409/18 – juris, Rn. 43).

Einem Verstoß gegen das Störungsverbot kann mit Vermeidungs- und Schutzmaßnahmen entgegengewirkt werden (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 22.05.2017 – 8 B 927/16 – juris, Rn. 34; VGH Hessen, Beschl. v. 21.02.2019 – 9 B 182/19 – juris, Rn. 22; OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 06.11.2019 – 8 C 10240/18 – juris, Rn. 252; BVerwG, Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/07 – juris, Rn. 105). Erforderlich ist, dass die Störung durch die Maßnahmen „unterhalb der Schwelle der Populationswirksamkeit bleiben, mithin keine nachteiligen Auswirkungen auf den Erhaltungszustand der jeweiligen Art haben“ (BVerwG, Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/07 – juris, Rn. 105). Neben Vermeidungs- und Schutzmaßnahmen können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen zur Kompensation der Störung herangezogen werden (BVerwG, Urt. v. 18.3.2009 – 9 A 39/07 – juris, Rn. 65, 67) So hat das OVG Rheinland-Pfalz die Störwirkung eines Vorhabens verneint, wenn es hinreichend wahrscheinlich erscheint, dass die betroffenen Vogelarten auf benachbarte, durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen geschaffene Lebensraumstrukturen ausweichen werden (OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 06.11.2019 – 8 C 10240/18 – juris, Rn. 255). Der Behörde kommt hinsichtlich der Wirksamkeit der Vermeidungs- und Schutzmaßnahmen eine Einschätzungsprärogative zu (BVerwG, Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/07 – juris, Rn. 107).

Ein Mindestabstand von 200 Metern zwischen Quartieren von **Fledermausarten** und Windenergieanlage erscheint nicht zwingend, um eine erhebliche Störung auszuschließen (OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 27.04.2017 – 8 B 10738/17 – juris, Rn. 16). Auch im Falle der Unterschreitung dieses Mindestabstandes ist die Durchführung einer Raumnutzungsanalyse laut VGH Hessen nicht zwingend erforderlich (VGH Hessen, Beschl. v. 21.02.2019 – 9 B 182/19 – juris, Rn. 24).

c.) Beschädigungs- und Zerstörungsverbot

Das Beschädigungs- und Zerstörungsverbot ist insbesondere während der Errichtung von Windenergieanlagen relevant. § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG verbietet es, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.

Nach § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 3 BNatSchG liegt kein Verstoß gegen das Beschädigungs- und Zerstörungsverbot vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Seine europarechtliche Grundlage findet das Verbot in Art. 5 Buchst. b der Vogelschutz-RL sowie in Art. 12 Abs. 1 Buchst. c und d der FFH-RL.

Der Begriff der „Fortpflanzungs- und Ruhestätte“ in § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG ist eng auszulegen (zur Fortpflanzungsstätte BVerwG, Urt. v. 28.03.2013 – 9 A 22/11 – juris, Rn. 118 und zur Ruhestätte BVerwG, Urt. v. 28.04.2016 – 9 A 9/15 – juris, Rn. 151; OVG Niedersachsen, Urt. v. 27.08.2019 – 7 KS 24/17 – juris, Rn. 381) und erfasst daher nicht den gesamten Lebensraum und auch nicht sämtliche Lebensstätten, sondern lediglich einen „abgrenzbaren und für die betroffene Art besonders wichtigen Fortpflanzungs- und Ruhebereich“ (BVerwG, Urt. v. 28.04.2016 – 9 A 9/15 – juris, Rn. 151; grundlegend BVerwG, Urt. v. 18.03.2009 – 9 A 39/07 – juris, Rn. 66). In diesem Sinne hat das BVerwG entschieden, dass aus der Bezeichnung **Rastvogel** nicht gefolgert werden könne, „dass überall dort, wo er sich niederlasse, eine Ruhestätte im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG gegeben sei“ (BVerwG, Urt. v. 06.04.2017 – 4 A 16/16 – juris, Rn. 152). Daneben erstreckt sich der Schutz des Beschädigungs- und Zerstörungsverbotes auch auf Gegenstände, die als Orte der Fortpflanzung oder Ruhe dienen, wie etwa Nester oder einzelne Höhlenbäume (BVerwG, Urt. v. 13.05.2009 – 9 A 73/07 – juris, Rn. 90). „In zeitlicher Hinsicht betrifft die Verbotsnorm primär die Phase der aktuellen Nutzung der Lebensstätte. Unter Berücksichtigung des verfolgten Zwecks der Regelung, die Funktion der Lebensstätte für die geschützte Art zu sichern, ist der Schutz aber auszudehnen auf Abwesenheitszeiten der sie nutzenden Tiere einer Art, sofern nach deren Lebensgewohnheiten eine regelmäßig wiederkehrende Nutzung zu erwarten ist“ (grundlegend BVerwG, Urt. v. 18.03.2009 – 9 A 39/07 – juris, Rn. 66; BVerwG, Urt. v. 06.11.2013 – 9 A 14/12 – juris, Rn. 114).

Als Beschädigungshandlungen kommen insbesondere baubedingte Rodungen in Betracht, durch die beispielweise Wochenstuben oder Winterquartiere von **Fledermäusen** oder deren Balzreviere in Gehölzstrukturen zerstört werden (BVerwG, Urt. v. 09.11.2017 – 3 A 4/15 – juris, Rn. 60, BVerwG, Urt. v. 10.11.2016 – 9 A 18/15 – juris, Rn. 90; speziell zu winterlichen Rodungen und in Bezug auf Baumhöhlen als Lebensstätte anderer Tierarten siehe auch BVerwG, Urt. v. 06.04.2017 – 4 A 16/16 – juris, Rn. 85). Allerdings sind auch betriebsbedingte Beschädigungs- und Zerstörungshandlungen denkbar. So hatte das OVG Rheinland-Pfalz in Bezug auf die Geräuschimmissionen einer Windenergieanlage darüber zu entscheiden, ob die Übertönung der Balzrufe der **Waldschnepfe** eine Funktionszerstörung der Fortpflanzungsstätte darstellt (im konkreten Fall verneinend, da sich der Erhaltungszustand der lokalen Population nicht verschlechterte, OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 27.04.2017 – 8 B 10738/17 – juris, Rn. 21).

Der Funktionserhalt einer Fortpflanzungs- und Ruhestätte, der nach § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 3 BNatSchG einen Verstoß gegen das Zerstörungs- und Beschädigungsverbot ausschließt, ist gegeben, „wenn für die mit ihren konkreten Lebensstätten betroffenen Exemplare einer Art die von der Lebensstätte wahrgenommene Funktion vollständig erhalten bleibt“ (BVerwG, Urt. v. 18.03.2009 – 9 A 39/07 – juris, Rn. 67). Unerheblich für Bewertung des Funktionserhalts sind die Auswirkungen auf die Reproduktionsraten der lokalen Population (BVerwG, Urt. v. 18.03.2009 – 9 A 39/07 – juris, Rn. 67, anders OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 27.04.2017 – 8 B 10738/17 – juris, Rn. 21). Das BVerwG hat in Bezug auf **Fledermauskästen** entschieden, dass diese grundsätzlich geeignet sind, die ökologische Funktion von Fortpflanzungs- und Ruhestätten zu erhalten, sodass ein Verstoß gegen das Zerstörungsverbot nach § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 3 BNatSchG nicht vorliegt (BVerwG, Urt. v. 09.11.2017 – 3 A 4/15, juris, Rn. 60, BVerwG, Urt. v. 10.11.2016 – 9 A 18/15 – juris, Rn. 90 f.).

3. Ausnahmeverfahren

Kann eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos oder eine erhebliche Störung auch durch Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen nicht vermieden werden, kommt die Erteilung einer Ausnahme von den artenschutzrechtlichen Zugriffsverboten in Betracht. Gleiches gilt für das Beschädigungs- und Zerstörungsverbot, wenn die ökologische Funktion der Fortpflanzungs- und Ruhestätte nicht weiterhin erfüllt wird. Ausnahmen vom Tötungs- und Störungsverbot können auf der Grundlage von Art. 16 FFH-RL und 9 Vogelschutz-RL erteilt werden. § 45 Abs. 7 BNatSchG setzt beide Bestimmungen in deutsches Recht um.

a.) Ausnahmeverfahren (Art. 16 FFH-RL, Art. 9 Vogelschutz-RL)

Die Erteilung einer Ausnahme nach Art. 16 Abs. 1 FFH-RL setzt voraus, dass ein Ausnahmegrund vorliegt, es keine anderweitige zufriedenstellende Lösung gibt und der Erhaltungszustand der Art trotz der Ausnahme günstig ist.

aa.) Ausnahmegründe (Art. 16 Abs. 1 FFH-RL)

Die Ausnahmegründe und Ziele, die mit einer Maßnahme verfolgt werden müssen, finden sich in den Buchst. a bis e des Art. 16 Abs. 1 FFH-RL. Nach der Rechtsprechung des EuGH sind die Ausnahmegründe in Art. 16 Abs. 1 FFH-RL abschließend und eng auszulegen (EuGH, Urt. v. 10.10.2019 – Tapiola – Rs. C-674/17, ECLI:EU:C:2019:851, Rn. 30). Für alle Ausnahmen von Art. 16 Abs. 1 FFH-RL gilt, dass das Vorhaben geeignet sein muss die verfolgten Ziele zu erreichen. Ist die Zielerreichung dagegen ungewiss, hat die Behörde ihre Annahme auf „streng [wissenschaftliche] Erkenntnisse“ zu stützen (EuGH, Urt. v. 10.10.2019 – Tapiola – Rs. C-674/17, ECLI:EU:C:2019:851, Rn. 44 f.). Schließlich ist der Ausnahmegrund **besonders zu begründen und mit wissenschaftlichen Erkenntnissen** zu belegen (EuGH, Urt. v. 10.10.2019 – Tapiola – Rs. C-674/17, ECLI:EU:C:2019:851, Rn. 41).

Die Nutzung von Windenergie kann grundsätzlich unter die „zwingenden Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses“ nach Art. 16 Abs. 1 Buchst. c FFH-RL subsumiert werden (zum gleichlautenden Ausnahmegrund in Art. 6 Abs. 4 FFH-RL GA in Kokott, Schlussanträge v. 03.09.2015 – Kommission/Bulgarien – Rs. C-141/14, ECLI:EU:C:2015:528, Rn. 132 ff.; in der späteren Entscheidung des EuGH spielte die Erteilung der Ausnahme allerdings keine Rolle, vgl. EuGH Ur. v. 14.01.2016 – Kommission/Bulgarien – Rs. C-141/14, ECLI:EU:C:2016:8, Rn. 48 ff; eine Ausnahme nach Art. 6 Abs. 4 FFH-RL später zumindest für möglich haltend EuGH, Ur. v. 25.07.2018 – Grace and Sweetman – Rs. C-164/17, ECLI:EU:C:2018:593, Rn. 57). Die Ausnahme gem. Art. 16 Abs. 1 Buchst. c FFH-RL spielte in der bisherigen Rechtsprechung des EuGH keine große Rolle, sodass eine nähere Konkretisierung noch aussteht. Allerdings normiert Art. 6 Abs. 4 FFH-RL im Habitatschutz eine Ausnahmeregelung, die der Ausnahme des Art. 16 Abs. 1 Buchst. c FFH-RL fast wörtlich entspricht. Zum Begriff der „zwingenden Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses“ in Art. 6 Abs. 4 FFH-RL führte der EuGH in der Entscheidung *Solvey* vom 16.02.2012 aus, dass die private Natur eines Vorhabens die Erteilung einer Ausnahme nicht grundsätzlich ausschliesse. Allerdings müsse das Vorhaben „sowohl seinem Wesen nach als auch aufgrund seines wirtschaftlichen und sozialen Kontextes tatsächlich von überwiegendem öffentlichem Interesse [sein]“. Ferner müsse nachgewiesen werden, dass keine Alternativlösung vorhanden sei (EuGH, Ur. v. 16.02.2012 – *Solvey* – Rs. C-182/10, ECLI:EU:C:2012:82, Rn. 77). Das Tatbestandsmerkmal „überwiegend“ ist laut EuGH erfüllt, wenn das mit dem Vorhaben verbundene Interesse „so wichtig ist, dass es gegen das mit dieser Richtlinie verfolgte Ziel der Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen abgewogen werden kann“ (EuGH, Ur. v. 11.09.2012 – *Nomarchiaki Aftodioikisi Aitoloakarnanias u. a.* – Rs. C-43/10, ECLI:EU:C:2012:560, Rn. 121). Beide Tatbestandsmerkmale, „überwiegend“ und „öffentlich“, müssen kumulativ vorliegen (EuGH, Ur. v. 11.09.2012 – *Nomarchiaki Aftodioikisi Aitoloakarnanias u. a.* – Rs. C-43/10, ECLI:EU:C:2012:560, Rn. 121).

In einer aktuellen Entscheidung stellt der EuGH klar, dass in der **Stromversorgungssicherheit** eines Mitgliedstaates ein **zwingender Grund des überwiegenden öffentlichen Interesses** gem. Art. 6 Abs. 4 FFH-RL gesehen werden kann (EuGH, Ur. v. 29.07.2019 – *Inter-Environnement Wallonie u.a.* – Rs. C-411/17, ECLI:EU:C:2019:622, Rn. 157). Schließe das betroffene Natura 2000 Gebiet allerdings einen prioritären natürlichen Lebensraumtyp oder eine prioritäre Art ein, sodass eine Ausnahme lediglich aufgrund der **öffentlichen Sicherheit** erteilt werden könne (vgl. Art. 6 Abs. 4 UAbs. 2 FFH-RL), müsse eine tatsächliche und schwerwiegende Gefahr für die Stromversorgungssicherheit des Mitgliedstaates bestehen, um eine Ausnahme von Art. 6 Abs. 3 FFH-RL rechtfertigen zu können (EuGH, Ur. v. 29.07.2019 – *Inter-Environnement Wallonie u.a.* – Rs. C-411/17, ECLI:EU:C:2019:622, Rn. 157).

Ob die Nutzung der Windenergie auch unter die in Art. 16 Abs. 1 Buchst. c FFH-RL benannten Gründe der „öffentlichen Sicherheit“ oder der „positiven Folgen für die Umwelt“ fällt, hat der EuGH bislang nicht entschieden.

bb.) Keine anderweitige zufriedenstellende Lösung

Das Tatbestandsmerkmal keiner **anderweitigen zufriedenstellenden Lösung** ist erfüllt, wenn es keine andere Maßnahme gibt, „mit der das verfolgte Ziel in zufriedenstellender Weise erreicht werden kann und die in der Richtlinie vorgesehenen Verbote beachtet werden“ (EuGH, Urt. v. 10.10.2019 – Tapiola – Rs. C-674/17, ECLI:EU:C:2019:851, Rn. 47). Zudem ist das Fehlen einer anderweitigen zufriedenstellenden Lösung **genau und angemessen zu begründen** (EuGH, Urt. v. 14.07.2007 – Kommission/Finnland – Rs. C-342/05, ECLI:EU:C:2007:341, Rn. 31). Das ist insbesondere nicht der Fall, wenn Angaben zu anderen in Betracht kommenden Lösungen komplett fehlen oder die Begründung keine Angaben zu relevanten juristischen, technischen oder wissenschaftlichen Berichten enthält (EuGH, Urt. v. 10.10.2019 – Tapiola – Rs. C-674/17, ECLI:EU:C:2019:851, Rn. 49 f.).

cc.) Günstiger Erhaltungszustand

Schließlich setzt eine Ausnahme voraus, dass der Erhaltungszustand einer Art trotz der Erteilung der Ausnahme günstig ist. Der **günstige Erhaltungszustand** ist in Art. 1 Buchst. i FFH-RL¹⁴ legal definiert. Der EuGH hat die dort genannten Kriterien noch nicht näher konkretisiert.

Bei der Bewertung des günstigen Erhaltungszustandes hat die Behörde insbesondere den **Erhaltungszustand der Population im Gebiet des Mitgliedstaates** zu ermitteln. Überschneiden sich die Grenzen des Mitgliedstaates mit mehreren biogeografischen Regionen, ist die Population in Bezug auf die biogeografische Region zu ermitteln. Gleiches gilt für den Fall, dass das natürliche Verbreitungsgebiet es erfordert. Im Anschluss sind die „geografischen und demografischen Auswirkungen“ der Ausnahme in Bezug auf die Art zu ermitteln (EuGH, Urt. v. 10.10.2019 – Tapiola – Rs. C-674/17, ECLI:EU:C:2019:851, Rn. 58). In der Bewertung sind auch die **Auswirkungen auf die lokale Population und Kumulationseffekte**¹⁵ anderer Ausnahmen zu berücksichtigen (EuGH, Urt. v. 10.10.2019 – Tapiola – Rs. C-674/17, ECLI:EU:C:2019:851, Rn. 59). Sind die Auswirkungen auf den günstigen

¹⁴ Art. 1 Buchst. i FFH-RL, „Erhaltungszustand einer Art“: die Gesamtheit der Einflüsse, die sich langfristig auf die Verbreitung und die Größe der Populationen der betreffenden Arten in dem in Artikel 2 bezeichneten Gebiet auswirken können. Der Erhaltungszustand wird als „günstig“ betrachtet, wenn — aufgrund der Daten über die Populationsdynamik der Art anzunehmen ist, dass diese Art ein lebensfähiges Element des natürlichen Lebensraumes, dem sie angehört, bildet und langfristig weiterhin bilden wird, und — das natürliche Verbreitungsgebiet dieser Art weder abnimmt noch in absehbarer Zeit vermutlich abnehmen wird und — ein genügend großer Lebensraum vorhanden ist und wahrscheinlich weiterhin vorhanden sein wird, um langfristig ein Überleben der Populationen dieser Art zu sichern.

¹⁵ Kumulationseffekte durch bereits bestehende Vorhaben bleiben bei dem Signifikanzkriterium außer Betracht (siehe oben A. I. 2. a.). Im Habitatschutz fließen sie in die Bewertung des Erhaltungszustandes ein (siehe unten B. II. 3.).

Erhaltungszustand einer vom Ausstreben bedrohten Art ungewiss, obwohl die „besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse“ bei der Bewertung herangezogen wurden, darf die Ausnahme nicht erteilt werden (EuGH, Urt. v. 10.10.2019 – Tapiola – Rs. C-674/17, ECLI:EU:C:2019:851, Rn. 66). Schließlich ist Art. 16 FFH-RL auch ausnahmsweise anwendbar, wenn der Erhaltungszustand einer Art ungünstig ist und sich die Ausnahme neutral auf den Erhaltungszustand auswirkt (EuGH, Urt. v. 14.06.2007 – Kommission/Finnland – Rs. C-342/05, ECLI:EU:C:2007:341, Rn. 29.). Die Grundsätze im Falle ungewisser Auswirkungen gelten entsprechend (EuGH, Urt. v. 10.10.2019 – Tapiola – Rs. C-674/17, ECLI:EU:C:2019:851, Rn. 69).

dd.) Ausnahmeregelung nach der Vogelschutz-RL

Zur Ausnahmeregelung in **Art. 9 Vogelschutz-RL** haben sich im Gegensatz zu Art. 16 FFH-RL seit 2012 keine bedeutenden Änderungen oder Konkretisierungen durch die Rechtsprechung des EuGH ergeben. Ein aktueller Überblick über die Rechtsprechung seit Beginn der 2000-er Jahre findet sich in der Entscheidung des EuGH vom 21.06.2018, Vertragsverletzungsverfahren gegen Malta. (EuGH, Urt. v. 21.06.2018 – Kommission/Malta – Rs. C-557/15, ECLI:EU:C:2018:477, Rn. 47 f.). Im Gegensatz zur Art. 16 Abs. 1 FFH-RL enthält Art. 9 Abs. 1 Vogelschutz-RL nicht den Ausnahmegrund der „zwingenden Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art oder positiver Folgen für die Umwelt“. Konsequenterweise hat der EuGH in einem Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen, in dem das polnische Naturschutzgesetz Ausnahmen für den Schutz europäischer Vögel im Sinne der Vogelschutz-RL aus „zwingenden Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art oder positiver Folgen für die Umwelt“ zuließ, einen Verstoß gegen Art. 9 Abs. 1 Vogelschutz-RL bejaht (EuGH, Urt. v. 26.01.2012 – Kommission/Polen – Rs. C-192/11 = NuR 2013, 718, Rn. 36, 39, 43).¹⁶

b.) Ausnahmeverfahren (§ 45 Abs. 7 BNatSchG)¹⁷

Nach § 45 Abs. 7 BNatSchG kann eine Ausnahme von den artenschutzrechtlichen Zugriffsverboten erteilt werden, wenn sich das Vorhaben auf einen Ausnahmegrund stützen kann, eine zumutbare Alternative nicht gegeben ist und sich der Erhaltungszustand der betroffenen Art durch die Zulassung des Vorhabens nicht verschlechtert.

¹⁶ Die Entscheidung des EuGH vom 26.01.2012 ist auf der offiziellen Website des EuGH nur in französischer und polnischer Sprache verfügbar, eine Übersetzung ins Deutsche findet sich in der NuR 2013, 718 ff.

¹⁷ Aufgrund des Signifikanzfordernisses spielen Ausnahmen vom Tötungsverbot in der Rechtsprechung des BVerwG eine geringere Rolle als im Vergleich zur Rechtsprechung des EuGH.

aa.) Ausnahmegründe

Für Windenergieanlagen kommen insbesondere die Ausnahmegründe der „zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses“ (§ 45 Abs. 7 S. 1 Nr. 5 BNatSchG) sowie der „öffentlichen Sicherheit“ (§ 45 Abs. 7 S. 1 Nr. 4 BNatSchG) in Betracht.

(1) Zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses

Es ist bislang noch nicht abschließend geklärt, ob dieser Ausnahmegrund europarechtskonform ist, denn der Wortlaut des Art. 9 Abs. 1 Vogelschutz-RL enthält den Ausnahmegrund der „überwiegenden Gründe des zwingenden öffentlichen Interesses“ nicht (siehe auch EuGH, Urt. v. 26.01.2012 – Kommission/Polen – Rs. C-192/11 = NuR 2013, 718 Rn. 39, bislang offen gelassen BVerwG, Urt. v. 12.03.2008 – 9 A 3/06 – juris, Rn. 262). Das VG Gießen hat in einer aktuellen Entscheidung die Anwendbarkeit des § 45 Abs. 7 S. 1 Nr. 5 BNatSchG auf europäische Vogelarten im Hinblick auf den Wortlaut von Art. 9 Abs. 1 Vogelschutz-RL verneint (VG Gießen, Urt. v. 22.01.2020 – 1 K 6019/18.GI, S. 29, 34). Zur Begründung bezieht es sich auf die Entscheidung des EuGH vom 26.01.2012 (Rs. C-192/11). Darin bejahte der EuGH einen Verstoß gegen Art. 9 Abs. 1 Vogelschutz-RL durch eine nationale Regelung, die eine Ausnahme aufgrund von „zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses“ zuließ (EuGH, Urt. v. 26.01.2012 – Kommission/Polen – Rs. C-192/11 = NuR 2013, 718, Rn. 36, 39, 43). Das OVG Berlin-Brandenburg lehnte hingegen die Rechtauffassung des VG Gießen in einer Entscheidung ab, die den vorzeitigen Beginn einer Anlage zum Bau und zur Montage von Elektrofahrzeugen betraf (OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 20.02.2020 – OVG 11 S 8/20 – juris, Rn. 39). Das OVG sieht einen Wertungswiderspruch innerhalb des Ausnahmeregimes der Vogelschutz-RL, da nach der Rechtsprechung des EuGH Ausnahmen von den Verboten für Freizeitaktivitäten wie die Jagd möglich sind. Zudem müsse eine Gleichstellung mit den Ausnahmegründen der FFH-Richtlinie hergestellt werden (OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 20.02.2020 – OVG 11 S 8/20 – juris, Rn. 39).¹⁸

Im Übrigen wird von den Gerichten bislang uneinheitlich bewertet, ob die Nutzung der Windenergie überhaupt als zwingendes öffentliches Interesse einzuordnen ist. Teilweise wird dies verneint (VG Gießen, Urt. v. 03.09.2019 – 3 K 250/16.GI – juris, Rn. 95; VG Halle, Urt. v. 25.10.2016 – 2 A 4/15 HAL – juris, Rn. 99; VG Cottbus, Urt. v. 07.03.2013 – 45 K 6/10 – juris, Rn. 85). Andere Gerichte kommen hingegen zu dem Ergebnis, dass das mit der Windenergie verbundene Interesse an einer nachhaltigen Energieversorgung ein zwingendes öffentliches Interesse darstellt

¹⁸ In Urteilsanmerkungen zum VG Gießen vom 22.01.2020 wurde vor allem auf Wertungswidersprüche hingewiesen, vgl. *Battfeld*, ZUR 2020, 437 (437); *Karpenstein/Engel*, ZUR 2020, 437 (438); *Müller/Klostermeier*, NVwZ 2020, 774 (775); *Bick/Wulfert*, NuR 2020, 250 (250 f.); *Gellermann*, NuR 2020, 178 (181) ebenso *Sailer*, ZNER 2020, 206 (209 f.).

(so VG Osnabrück, Urt. v. 20.06.2016 – 2 B 2/16 – juris, Rn. 133 f.; ähnliche Erwägungen für die Befreiung nach § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 27.04.2017 – 8 B 10738/17 – juris, Rn. 8). Der VGH Bayern hat die Frage in einem Eilverfahren offengelassen, da hier eine tiefere Betrachtung im Hauptsacheverfahren erforderlich sei (VGH Bayern, Beschl. v. 29.12.2016 – 22 CS 16.2162 – juris, Rn. 41, ebenso OVG Niedersachsen, Beschl. v. 26.10.2016 – 12 ME 58/16 – juris, Rn. 40). Im Hauptsacheverfahren spielte die Rechtmäßigkeit der Ausnahmegenehmigung allerdings dann keine Rolle mehr, da der klagende Umweltverband nach Ansicht des VGH Bayern nicht klagebefugt war (VGH Bayern, Urt. v. 14.03.2017 – 22 B17.12 – juris, Rn. 17).

(2) Öffentliche Sicherheit

Auch die Anwendbarkeit des Ausnahmegrundes der „öffentlichen Sicherheit“ (§ 45 Abs. 7 S. 1 Nr. 4 BNatSchG) für Windenergievorhaben wird in der Rechtsprechung unterschiedlich bewertet. Für Verkehrsinfrastrukturprojekte wie Bundesfernstraßen hat das BVerwG den Ausnahmegrund bereits bejaht (BVerwG, Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/07 – juris, Rn. 124 ff.), da der Bau der Bundesfernstraße zur „Entflechtung der Verkehrsströme“ führt und daher ein „deutliche[r] Rückgang von Verkehrsunfällen“ eintreten wird (BVerwG, Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/07 – juris, Rn. 126). Das VG Gießen hat Ausnahmen für Windenergieanlagen ebenfalls auf den Ausnahmegrund der „öffentlichen Sicherheit“ gestützt – der als Ausnahmegrund sowohl in der FFH-RL als auch in der Vogelschutz-RL genannt wird –, den Begriff aber unter Bezugnahme auf Art. 36 AEUV und die dazu ergangene Rechtsprechung des EuGH restriktiv ausgelegt. Danach setzt der Ausnahmegrund der „öffentlichen Sicherheit“ eine Gefahr für die Existenz der Bundesrepublik Deutschland voraus, die sich auch aus Versorgungsengpässen mit Energie ergeben kann. Das VG Gießen hielt eine Ausnahme für nicht begründet, weil es die Versorgungssicherheit der Bundesrepublik nicht in einem solchen Maße gefährdet sah, dass eine Ausnahme vom Tötungsverbot erforderlich sei (VG Gießen, Urt. v. 22.01.2020 – 1 K 6019/18.GI, S. 34 ff.).¹⁹ Das VG Wiesbaden hat hingegen in einer aktuellen Entscheidung ab bei einer restriktiven Auslegung des Begriffs der „öffentlichen Sicherheit“ einen Ausnahmegrund für mehrere Windenergieanlagen angenommen. Zu den für die Existenz eines Staates wesentlichen Fragen zähle die langfristige Versorgungssicherheit, die aufgrund der Energiewende den Ausbau der Erneuerbaren Energien umfasse. „Für die Herbeiführung der Energiewende und damit die zukünftige Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit Energie aus erneuerbaren Quellen spielt die Windkraftenergie eine ganz zentrale und tragende Rolle, da sie kurz- bis mittelfristig das wirtschaftlichste Ausbaupotenzial unter den erneuerbaren Energien bietet (...) und ist für die Aufrechterhaltung der

¹⁹ Hinweis: Der EuGH hat den Begriff der „öffentlichen Sicherheit“ im Habitatschutz (Art. 6 Abs. 4 FFH-RL) restriktiv ausgelegt (EuGH, Urt. v. 29.07.2019 – Inter-Environment Wallonie u. a.- Rs. C-411/17, ECLI:EU:C:2019:622, Rn. 157), siehe oben I.3.a.)aa.).

Versorgungssicherheit mit Energie in Hessen unverzichtbar (...).“ Vor dem Hintergrund der Ausbauziele der hessischen Landesplanung für die Windenergie sei der in der Entscheidung streitgegenständliche Windpark auch im konkreten Fall essenziell für die Frage der Versorgungssicherheit (VG Wiesbaden, Urt. v. 24.07.2020 – 4 K 2962/16.WI).

bb.) Keine zumutbare Alternative

Während die FFH-RL und die Vogelschutz-RL von keiner anderweitigen zufriedenstellenden Lösung sprechen, verwendet § 45 Abs. 7 BNatSchG den Begriff der **zumutbaren Alternative**. „Alternative“ bedeutet hier, ein Vorhaben mit etwaigen Abstrichen umzusetzen, um so aus naturschutzfachlicher Sicht eine weniger einschneidende Form der Realisierung zu erreichen (BVerwG, Urt. v. 27.01.2000 – 4 C 2/99 – juris, Rn. 262). Für die von der Behörde vorzunehmende Alternativenprüfung gelten die Grundsätze der Alternativenprüfung im Habitatschutz (BVerwG, Urt. v. 23.04.2014 – 9 A 25/12 – juris, Rn. 120). Danach bleiben Alternativen unberücksichtigt, wenn der **Artenschutz am Alternativstandort eine ebenso „wirksame Zulassungssperre“** ist wie am geplanten Standort (BVerwG, Urt. v. 23.04.2014 – 9 A 25/12 – juris, Rn. 120). Ferner muss am Alternativstandort das Planziel – trotz erkennbarer Abstriche am Grad der Zielerfüllung – erreicht werden können (zum Habitatschutz BVerwG, Urt. v. 08.01.2014 – 9 A 4/13 – juris, Rn. 72; Urt. v. 12.03.2008 – 9 A 3/06 – juris, Rn. 159). Schließlich können sich Alternativen auch aus gewichtigen **naturschutzexternen Gründen** als unzumutbar erweisen, namentlich bei Kosten, die in Relation zum Gewinn für Natur und Umwelt außer Verhältnis stehen (BVerwG, Urt. v. 23.04.2014 – 9 A 25/12 – juris, Rn. 120; Urt. v. 08.01.2014 – 9 A 4/13 – juris, Rn. 72; Urt. v. 12.03.2008 – 9 A 3/06 – juris, Rn. 172). Auch Auswirkungen auf eine bereits vorhandene Wohnbebauung können als naturschutzexterne Gründe in der Alternativenprüfung berücksichtigt werden (BVerwG, Urt. v. 23.04.2014 – 9 A 25/12 – juris, Rn. 123).

Der **räumliche Umfang** der Alternativenprüfung ist im Hinblick auf Windenergieanlagen in der Rechtsprechung noch nicht abschließend geklärt. Während sich das OVG Niedersachsen für eine Prüfung des gesamten Plangebiets ausspricht (OVG Niedersachsen, Beschl. v. 11.05.2020 – 12 LA 150/19, Rn. 52), hat das VG Wiesbaden den Suchbereich auf unmittelbare Nachbargemeinden des geplanten Standortes begrenzt (VG Wiesbaden, Urt. v. 24.07.2020 – 4 K 2962/16.WI).

cc.) Keine Verschlechterung des Erhaltungszustandes

Selbst bei Alternativlosigkeit darf eine Ausnahme nur zugelassen werden, wenn sich der Erhaltungszustand der Population dadurch nicht verschlechtert. Bei der Bewertung des **Erhaltungszustandes** der Population ist „eine gebietsbezogene Gesamtbetrachtung“ anzustellen. Das bedeutet, dass sowohl die lokale Population im Gebiet des Vorhabens als auch die anderen (Teil-)Populationen in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet zu ermitteln und zu bewerten sind. Danach liegt **keine**

Verschlechterung vor, wenn bei der Gesamtbetrachtung die Population trotz Erteilung der Ausnahme als „**lebensfähiges Element erhalten bleibt**“. Der Behörde steht hinsichtlich dieser Bewertung eine Einschätzungsprärogative zu (BVerwG, Urt. v. 14.07.2011 – 9 A 12/10 – juris, Rn. 146). Im Übrigen hat sich das BVerwG der Rechtsprechung des EuGH zur Gewährung von Ausnahmen im Falle eines schlechten Erhaltungszustandes angeschlossen (BVerwG, Urt. v. 14.04.2010 – 9 A 5/08 – juris, Rn. 141 f.).

Sind durch ein Vorhaben in Bezug auf eine Art **mehrere Verbotstatbestände** erfüllt, sind die Voraussetzungen der Ausnahmen in einer **Gesamtbetrachtung** der Beeinträchtigungen zu prüfen. Folglich sind in der Prüfung „die dem Tötungsverbot zuwiderlaufende Baufeldfreimachung und möglicherweise dem Fangverbot widersprechenden CEF-Maßnahmen zu berücksichtigen“ (BVerwG, Urt. v. 14.04.2010 – 9 A 5/08 – juris, Rn. 146). Diese Gesamtbetrachtung verbietet es, Ausnahmen für das Tötungsverbot zu erteilen, wenn nicht festgestellt werden kann, ob ein anderer Verbotstatbestand erfüllt ist (BVerwG, Urt. v. 09.11.2017 – 3 A 4/15 – juris, Rn. 62).

4. Artenschutzrechtliche Einschätzungsprärogative

Bei ihrer Entscheidung über die Genehmigung von immissionsschutzrechtlichen Anlagen hat die Behörde die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG zu prüfen. In ständiger Rechtsprechung des BVerwG ist die **verwaltungsgerichtliche Überprüfung** hinsichtlich der artenschutzrechtlichen **Verbotstatbestände eingeschränkt**, wenn trotz wissenschaftlicher Erkenntnisse ein gegensätzlicher Meinungsstand fortbesteht und es an eindeutigen ökologischen Erkenntnissen fehlt, da der Behörde in diesem Fall eine **naturschutzfachliche Einschätzungsprärogative** eingeräumt ist (zur Geltung dieser Grundsätze im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen BVerwG, Urt. v. 21.11.2013 – 7 C 40/11 – juris, Rn. 14 ff.; Urt. v. 27.06.2013 – 4 C 1/12 – juris, Rn. 14 ff.).

Nach der aktuellen **Rechtsprechung des BVerfG** folgt die eingeschränkte gerichtliche Kontrolle nicht aus einer der Behörde eingeräumten Einschätzungsprärogative, sondern aus einer „faktische[n] Grenze verwaltungsgerichtlicher Kontrolle“. Soweit einheitliche Maßstäbe der naturschutzfachlichen Bewertung fehlen, sei eine gerichtliche Überprüfung objektiv unmöglich (BVerfG, Beschl. v. 23.10.2018 – 1 BvR 2523/13, 1 BvR 595/14 – juris Rn. 17, 23, dem BVerfG folgend OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 31.10.2019 – 1 A 11643/17 – juris, Rn. 36; OVG Niedersachsen, Urt. v. 27.08.2019 – 7 KS 24/17 – juris, Rn. 255 ff.; Urt. v. 13.03.2019 – 12 LB 125/18 – juris, Rn. 64 f.). Hier stoße „die gerichtliche Kontrolle nach weitestmöglicher Aufklärung an die Grenze des Erkenntnisstandes naturschutzfachlicher Wissenschaft und Praxis“. In diesem Fall zwingt Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG das Gericht nicht zu weiteren Ermittlungen, sondern erlaube ihm, seiner Entscheidung „die plausible Einschätzung der Behörde zu der

fachlichen Frage zugrunde zu legen“. Die Einschränkung der Kontrolle folgt demnach nicht aus einer der Verwaltung eingeräumten Einschätzungsprärogative und bedarf auch keiner gesetzlichen Ermächtigung (BVerfG, Beschl. v. 23.10.2018 – 1 BvR 2523/13, 1 BvR 595/14 – juris, LS 1, Rn. 18, 23). Damit unterscheiden sich zwar die Begründungsansätze von BVerfG und BVerwG, in der Sache jedoch greift das BVerfG die vom BVerwG entwickelte eingeschränkte gerichtliche Kontrolle auf (BVerfG, Beschl. v. 23.10.2018 – 1 BvR 2523/13, 1 BvR 595/14 – juris, Rn. 27; ebenso OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 31.10.2019 – 1 A 11643/17 – juris, Rn. 36; OVG Niedersachsen, Urt. v. 27.08.2019 – 7 KS 24/17 – juris, Rn. 255 ff.; Urt. v. 13.03.2019 – 12 LB 125/18 – juris, Rn. 64 f.; ohne sich mit der Entscheidung inhaltlich auseinander aber auf die Entscheidung des BVerfG verweisend OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 06.08.2019 – 8 B 409/18 – juris, Rn. 13).

Für die **Kontrolldichte** im Falle fehlender einheitlicher naturschutzfachlicher Maßstäbe gelten folgende Grundsätze:

Erstens, das Gericht prüft lediglich die **Vertretbarkeit der verwendeten „fachlichen Methoden und Maßstäbe“** (auf die Rechtsprechung des BVerwG Bezugnehmend BVerfG, Beschl. v. 23.10.2019 – 1 BvR 2523/13, 1 BvR 595/14 – juris, Rn. 28), wobei die **Vertretbarkeit eine Tatsachenfrage** ist und dementsprechend gerichtlich voll überprüft werden kann (OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 31.10.2019 – 1 A 11643/17 – juris, Rn. 36, im Anschluss an BVerfG, Beschl. v. 23.10.2018 – 1 BvR 2523/13, 1 BvR 595/14 – juris, Rn. 27, 28, Bezugnehmend auf BVerwG, Urt. v. 21.11.2013 – 7 C 40/11 – juris, Rn. 19, BVerwG Urt. v. 7.4.2016 – 4 C 1/15 – juris, Rn. 25).

Zweitens, der **vollen gerichtlichen Überprüfung** unterliegen trotz der Erkenntnisdefizite: das Verfahren, das angewendete Recht, die Sachverhaltsermittlung (Richtigkeit und Tiefe) und die Verletzung allgemeingültiger Bewertungsmaßstäbe. Gleiches gilt für die Frage, ob die Behörde sachfremde Erwägung in ihre Entscheidung eingestellt hat (BVerfG, Beschl. v. 23.10.2019 – 1 BvR 2523/13, 1 BvR 595/14 – juris, Rn. 30; OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 31.10.2019 – 1 A 11643/17 – juris, Rn. 36).

Eine **eingeschränkte gerichtliche Kontrolle** erkennt das BVerwG **in folgenden Fällen an** (grundlegend BVerwG, Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/07 – juris, Rn. 64 ff.):

- Art, Umfang und Methoden der Bestandserfassung, insbesondere Bestandsaufnahme und Prüfung der „Allerweltsvogelarten“ (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)
- Signifikanzanforderung (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)²⁰
- Auswahl der Kriterien zur Bewertung des Signifikanzkriteriums einschließlich der Wirksamkeit von Vermeidungsmaßnahmen (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)

²⁰ Ob die Feststellung des unbestimmten Merkmals der Signifikanz der Risikoerhöhung (Tötungs- oder Verletzungsrisiko) auch Elemente einer wertenden, nicht der naturschutzfachlichen Einschätzung unterliegenden Betrachtung enthält, die sich nicht beweisen lassen (so OVG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 19.1.2012 – 2 L 124/09 – juris, Rn. 46), hat das BVerfG ausdrücklich offengelassen (BVerfG, Beschl. v. 23.10.2018 – 1 BvR 2523/13, 1 BvR 595/14 – juris, Rn. 34).

- Beurteilung der erheblichen Störung (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)
- Beurteilung des Erhaltungszustandes im Ausnahmeverfahren (§ 45 Abs. 7 BNatSchG)

II. Nachträgliche Artansiedlung

Gegenstand der ASP sind die im Umfeld der Windenergieanlage betroffenen Arten. Dementsprechend werden artenschutzrechtliche Zugriffsverbote für solche Arten, die sich erst nach Erteilung der Genehmigung ansiedeln, nicht von der Behörde geprüft. Gelangt die Behörde im Fall einer nachträglichen Prüfung zum Ergebnis, dass von der Windenergieanlage eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos für die nachträglich angesiedelten Arten ausgeht, stellt sich die Frage, ob der Betrieb der Anlage durch die Verfügung von Abschaltzeiten eingeschränkt werden kann.

In neueren Judikaten wird § 3 Abs. 2 BNatSchG i.V.m § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG als taugliche Ermächtigungsgrundlage für solche Anordnungen angesehen; zuständig für den Erlass ist danach die untere Naturschutzbehörde (OVG Niedersachsen, Urt. v. 13.03.2019 – 12 LB 125/18 – juris, Rn. 41 ff.; VGH Hessen, Beschl. v. 18.07.2018 – 4 B 1273/18 – juris, Rn. 14 f.; VG Kassel, Beschl. v. 02.08.2018 – 2 L 1764/18.KS – juris, Rn. 83; VG Minden, Beschl. v. 08.08.2016 – 1 L 115/16 – juris, Rn. 14). Nach anderer Auffassung ist die Verfügung von Abschaltzeiten als (Teil-) Widerruf der Genehmigung zu qualifizieren, zuständig sind dann die Immissionsschutz-Behörden, § 21 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG bildet die Ermächtigungsgrundlage (im Fall einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für Windenergieanlagen VG Würzburg, Urt. v. 22.01.2019 – W 4 K 17.987 – juris, Rn. 43-52, 55 Beschl. v. 05.03.2018 – W 4 S 17.1000 – BeckRS 2018, 42666, Rn. 22 ff., 32;²¹ im Fall eines Planfeststellungsbeschlusses VGH Baden-Württemberg, Beschl. v. 29.11.2016 – 5 S 2137/16 – juris, Rn. 7; Beschl. v. 30.06.2016 – 5 S 1984/15 – juris, Rn. 5 ff.). Laut OVG Sachsen kann die Anordnung von Abschaltzeiten auf § 12 Abs. 1 S. 1, Abs. 2a i.V.m. § 6 Abs. 2 Nr. 2 Alt. 1 BImSchG gestützt werden, sofern die Genehmigung einen Vorbehalt nachträglicher Anordnung enthält, mit Einverständnis der Antragstellerin oder des Antragstellers (OVG Sachsen, Beschl. v. 12.04.2019 – 4 B 376/18 – juris, Rn. 10). Eine klärende Entscheidung des BVerwG zu diesen Fragen liegt noch nicht vor.

Ob aufgrund des **unionsrechtlichen Hintergrundes des Artenschutzes** die Behörde möglicherweise sogar verpflichtet ist, die Genehmigung teilweise zu widerrufen oder eine nachträgliche Anordnung zu erlassen, ist noch nicht vom EuGH entschieden worden (offengelassen für den Habitatschutz VGH Baden-Württemberg, Beschl. v. 30.06.2016 – 5 S 1984/15 – juris, Rn. 15).

²¹ Im konkreten Fall wurde § 21 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG als Ermächtigungsgrundlage zwar verneint, jedoch nur aus prozessualen Gründen, vgl. VG Würzburg, Urt. v. 22.01.2019 – W 4 K 17.987 – juris, Rn. 55; Beschl. v. 05.03.2018 – W 4 S 17.1000 – BeckRS 2018, 42666, Rn. 32.

B. Habitatschutz und Windenergie

Natura 2000-Gebiete sind die naturschutzrechtlich wertvollsten und gleichzeitig am stärksten gefährdeten Lebensräume für viele Arten in Europa. Sollen Windenergieanlagen in oder in der Nähe von Natura 2000-Gebieten errichtet werden, so ist die Verträglichkeit des Vorhabens mit dem Schutzgebiet zu prüfen. Der Begriff des Natura 2000-Gebiets umfasst dabei sowohl FFH- als auch Vogelschutzgebiete (Art. 3 Abs. 1 UAbs. 2 FFH-RL). Das Verfahren der Verträglichkeitsprüfung ist in Art. 6 Abs. 3 und Abs. 4 FFH-RL geregelt. In einem ersten Schritt, dem **Screening**, wird geprüft, ob die Durchführung einer Verträglichkeitsprüfung überhaupt erforderlich ist. Nach Art. 6 Abs. 3 S. 1 FFH-RL ist dies der Fall, wenn das Vorhaben das Natura 2000-Gebiet erheblich beeinträchtigen könnte. Eine erhebliche Beeinträchtigung liegt nach der Rechtsprechung des EuGH vor, wenn eine Gefahr für die Erhaltungsziele des Natura 2000-Gebietes droht (EuGH, Urt. v. 7.09.2004 – Waddenvereniging und Vogelbeschermingsvereniging – Rs. C-127/02, ECLI:EU:C:2004:482, Rn. 43). An das Screening schließt sich die eigentliche **Verträglichkeitsprüfung** an. Für die Verträglichkeitsprüfung gelten strenge Anforderungen (BVerwG, Urt. v. 21.01.2016 – 4 A 5/14 – juris, Rn. 70). Die Behörden haben sämtliche Gesichtspunkte, die die Erhaltungsziele beeinträchtigen können, zu ermitteln. Für die Ermittlung sind die besten einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnisse heranzuziehen. Schließlich darf die Verträglichkeitsprüfung nicht lückenhaft sein, insbesondere müssen die Feststellungen geeignet sein, „jeden vernünftigen Zweifel“ hinsichtlich der Auswirkungen auszuräumen (EuGH, Urt. v. 17.04.2018 – Kommission/Polen – Rs. C-441/17, ECLI:EU:C:2018:255, Rn. 113 ff m.w.N.). Die Verträglichkeitsprüfung ist zwar eine stets **separat durchzuführende** Prüfung, allerdings können dabei auf Daten und Untersuchungen aus der ASP und der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zurückgegriffen werden. An die Verträglichkeitsprüfung schließt sich die Frage der Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens an. Nach Art. 6 Abs. 3 S. 2 FFH-RL setzt dies voraus, dass das Gebiet als solches nicht beeinträchtigt wird. Nach der Rechtsprechung des EuGH ist dafür erforderlich, dass der günstige Erhaltungszustand des Lebensraumtyps erhalten bleibt. Das Vorhaben darf folglich die grundlegenden Eigenschaften des Natura 2000-Gebietes, aufgrund deren es in die Liste der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung aufgenommen wurde, nicht dauerhaft schädigen. Soweit Arten von den Erhaltungszielen eines Schutzgebietes erfasst werden, gehören diese ebenfalls zu den grundlegenden Eigenschaften eines Natura 2000-Gebietes (EuGH, Urt. v. 17.04.2018 – Kommission/Polen – Rs. C-441/17, ECLI:EU:C:2018:255, Rn. 157). Kann eine Beeinträchtigung eines Vorhabens trotz Schutzmaßnahmen nicht vermieden werden, kommt schließlich die Erteilung einer **Ausnahme nach Art. 6 Abs. 4 FFH-RL** in Betracht.

I. Reichweite des FFH-Gebietsschutzes

In zeitlicher Hinsicht beginnt der Gebietsschutz des Art. 6 Abs. 3 FFH-RL mit der Aufnahme des FFH-Gebiets in die Liste der Kommission über Gebiete von Gemeinschaftlicher Bedeutung (Art. 4 Abs. 5 FFH-RL). Auf Vogelschutzgebiete, die vor der FFH-RL ausgewiesen wurden, findet Art. 6 Abs. 3 FFH-RL ebenfalls Anwendung (Art. 7 FFH-RL). Für die nach der FFH-RL ausgewiesenen Schutzgebiete gelten die Vorschriften des Gebietsschutzes ab dem Datum der Ausweisung als Schutzgebiet (Art. 7 FFH-RL).

Die räumliche Reichweite des FFH-Gebietsschutzes erstreckt sich nicht nur auf Beeinträchtigungen durch Vorhaben, die innerhalb des Schutzgebietes errichtet werden. Vielmehr werden die Erhaltungsziele auch vor Beeinträchtigungen von Vorhaben in der Umgebung geschützt (EuGH, Urt. v. 26.04.2017 – Kommission/Deutschland – Rs. C-142/16, ECLI:EU:C:2017:301, Rn. 29 f.). Umfassen die Erhaltungsziele eines Schutzgebietes auch Tierarten, kann ein Schutzgebiet durch Windkraftanlagen beeinträchtigt werden, wenn von der Anlage gesteigerte Tötungsrisiken ausgehen oder populationsrelevante Störungen verursacht werden (OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 20.09.2018 – 8 A 11958/17 – juris, Rn. 105 ff.; OVG Sachsen, Beschl. v. 27.03.2018 – 4 B 185/17 – juris, Rn. 28 ff.) Gleiches gilt für Beeinträchtigungen der charakteristischen Arten eines Lebensraumtyps im Sinne des Art. 1 Buchst. e FFH-RL (BVerwG, Urt. v. 21.01.2016 – 4 A 5/14 – juris, Rn. 132). Allerdings betonen die Gerichte auch, dass die Berücksichtigung von Beeinträchtigungen durch **Windenergieanlagen** außerhalb des Natura 2000 Gebietes „nicht zu einem überzogenen Gebietsschutz“ führen dürfe (OVG Niedersachsen, Urt. v. 25.10.2018 – 12 LB 118/16 – juris, Rn. 193). Kollisionsrisiken außerhalb des Schutzgebietes seien daher nur relevant, „wenn die [Windenergieanlagen] **innerhalb eines Flugkorridors** zwischen zwei [Natura 2000-Gebieten] mit ständigen Austauschbewegungen“ lägen (OVG Niedersachsen, Urt. v. 25.10.2018 – 12 LB 118/16 – juris, Rn. 194; OVG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 20.01.2016 – 2 L 153/13 – juris, Rn. 61; siehe auch VG Kassel, Urt. v. 19.12.2018 – 7 K 2906/16.KS – juris, Rn. 77, das „jedenfalls“ Kollisionsrisiken außerhalb der Mindestabstände nur dem Artenschutz zuordnet). Ferner erkennt die Rechtsprechung den Schutz des Natura 2000-Gebietes vor Funktionsverlust an, der durch eine „**Barrierewirkung**“ oder „**Verriegelung**“ der in der Umgebung befindlichen Windenergieanlagen eintreten kann (OVG Niedersachsen, Urt. v. 25.10.2018 – 12 LB 118/16 – juris, Rn. 193; OVG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 20.01.2016 – 2 L 153/13 – juris, Rn. 52; VG Kassel, Urt. v. 19.12.2018 – 7 K 2906/16.KS – juris, Rn. 72 f.).

Faktische Vogelschutzgebiete²² fallen nicht unter das Regelungsregime des Art. 6 Abs. 3 FFH-RL, insoweit gilt weiterhin das Beeinträchtigungsverbot des

²² Der EuGH gewährt den Mitgliedstaaten bei der Ausweisung von Vogelschutzgebieten einen gewissen Beurteilungsspielraum, vgl. EuGH, Urt. v. 28.02.1992 – Kommission/Deutschland – Rs. C-57/89, ECLI:EU:C:1991:89, Rn. 20. Aus diesem Beurteilungsspielraum schließt das BVerwG, dass die Anerkennung faktischer Vogelschutzgebiete durch die Gerichte im Fall eines abgeschlossenen Gebietsauswahl- und Meldeverfahrens nur bei sachwidriger Nichtausweisung in Betracht kommt (BVerwG, Urt. v.

Art. 4 Abs. 4 S. 1 Vogelschutz-RL (vgl. EuGH, Urt. v. 14.01.2016 – Kommission/Bulgarien, Rs. C-141/14, ECLI:EU:C:2016:8, Rn. 67 m.w.N.; BVerwG, Urt. v. 01.04.2004 – 4 C 2/03 – juris, Rn. 24). Nach der Rechtsprechung des BVerwG gelten aber die gleichen Maßstäbe wie für die Prüfung des Art. 6 Abs. 3 FFH-RL beziehungsweise § 34 Abs. 1 und Abs. 2 BNatSchG (BVerwG, Urt. v. 06.04.2017 – 4 A 16/16 – juris, Rn. 22). Für diese faktischen Vogelschutzgebiete ist anerkannt, dass die von den Erhaltungszielen erfassten Vogelarten vor Beeinträchtigungen durch Windenergieanlagen innerhalb und außerhalb des faktischen Vogelschutzgebiets geschützt werden (OVG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 20.01.2016 – 2 L 153/13 – juris, Rn. 52).

II. Beeinträchtigung der Erhaltungsziele

Nach Art. 6 Abs. 3 S. 2 FFH-RL ist ein Vorhaben nur zulässig, wenn das Natura 2000-Gebiet als solches nicht beeinträchtigt wird. Nach der Rechtsprechung des EuGH ist es erforderlich, dass der günstige Erhaltungszustand erhalten bleibt. Dies setzt voraus, dass „die **grundlegenden Eigenschaften**, die mit dem Vorkommen eines natürlichen Lebensraumtyps zusammenhängen, zu dessen Erhaltung das Gebiet in die Liste der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung im Sinne dieser Richtlinie aufgenommen wurde, **dauerhaft erhalten werden**“ (EuGH, Urt. v. 11.04.2013 – Sweetman u. a. – Rs. C-258/11, ECLI:EU:C:2013:220, Rn. 39). Welche Eigenschaften in diesem Sinne grundlegend sind, ergibt sich aus den Erhaltungszielen des Schutzgebietes (EuGH, Urt. v. 17.04.2018 – Kommission/Polen – Rs. C-441/17, Rn. 157). Soweit von den Erhaltungszielen auch bestimmte Tierarten erfasst sind, können schädliche Auswirkungen eines Vorhabens auf diese Tierarten oder deren Lebensräume ebenfalls eine Beeinträchtigung des Gebietes als solches darstellen (EuGH, Urt. v. 17.04.2018 – Kommission/Polen – Rs. C-441/17, ECLI:EU:C:2018:255, Rn. 159; Urt. v. 26.04.2017 – Kommission/Deutschland – Rs. C-142/16, ECLI:EU:C:2017:301, Rn. 32).

§ 34 Abs. 2 BNatSchG, der Art. 6 Abs. 3 S. 2 FFH-RL umsetzt, knüpft an die Erhaltungsziele an. Nach dem Wortlaut ist ein Vorhaben unzulässig, wenn die Erhaltungsziele erheblich beeinträchtigt werden. Nach der Rechtsprechung des BVerwG liegt eine erhebliche Beeinträchtigung der Erhaltungsziele vor, wenn der günstige Erhaltungszustand nicht stabil bleibt beziehungsweise ein bereits schlechter Erhaltungszustand sich weiter verschlechtert (BVerwG, Urt. v. 21.01.2016 – 4 A 5/14 – juris, Rn. 70, grundlegend BVerwG, Urt. v. 17.01.2007 – 9 A 20/05 – juris, Rn. 40 ff.). „Stabilität“ bedeutet die Fähigkeit, nach einer Störung wieder zum ursprünglichen Gleichgewicht zurückzukehren (BVerwG, Urt. v. 17.01.2007 – 9 A 20/05 – juris, Rn. 43).

21.01.2016 – 4 A 5/14 – juris, Rn. 58; Urt. v. 27.03.2014 – 4 CN 3/13 – juris Rn. 24). Zur sachwidrigen Nichtausweisung siehe OVG Niedersachsen, Beschl. v. 04.09.2017 – 12 LA 39/17 – juris, Rn. 18.

1. Geschützte Arten

Die Zulässigkeit eines Vorhabens setzt nicht voraus, dass der günstige Erhaltungszustand aller im Natura 2000-Gebiet vorkommenden Arten stabil bleibt (BVerwG, Urt. v. 17.01.2007 – 9 A 20/05 – juris, Rn. 77). Gegenstand der Verträglichkeitsprüfung sind nur die **Arten**, die als **Erhaltungsziele** in der Schutzgebietserklärung festgelegt sind, und die **charakteristischen Arten** eines Lebensraumtyps, aufgrund deren das Natura 2000-Gebiet ausgewiesen wurde (zu § 10 Abs. 1 Nr. 9 BNatSchG a.F. und Art. 1 Buchst. e FFH-RL BVerwG, Urt. v. 17.01.2007 – 9 A 20/05 – juris, Rn. 74, 77; entsprechend für die Vogelschutzgebiete vgl. BVerwG, Urt. v. 06.04.2017 – 4 A 16/16 – juris, Rn. 27 ff.).

Ist eine Schutzgebietserklärung noch nicht erfolgt, sodass auch keine Erhaltungsziele festgelegt wurden, sind die Arten den Standard-Datenbögen der Kommission zu entnehmen (BVerwG, Urt. v. 17.01.2007 – 9 A 20/05 – juris, Rn. 75, zur Auswertung des Standard-Datenbogens siehe BVerwG, Urt. v. 12.03.2008 – 9 A 3/06 – juris, Rn. 77). Ist im umgekehrten Fall eine Schutzgebietserklärung erfolgt, sind bestimmte, im Standard-Datenbogen benannte Arten aber nicht als Erhaltungsziele festgelegt worden, kann sich die Verträglichkeitsprüfung grundsätzlich auf die als Erhaltungsziele bestimmten Arten beschränken (BVerwG, Urt. v. 06.04.2017 – 4 A 16/16 – juris, 29 ff.).

Als **charakteristische Arten** eines Lebensraumes kommen grundsätzlich die in den Standard-Datenbögen genannten Arten in Betracht. Da es sich aber insoweit um eine ökologische Bewertungsfrage handelt, ist eine Nennung in den Standard-Datenbögen nicht zwingend erforderlich (BVerwG, Urt. v. 12.03.2008 – 9 A 3/06 – juris, Rn. 79). Maßgeblich ist der Stand der ökologischen Fachwissenschaft (BVerwG, Urt. v. 12.03.2008 – 9 A 3/06 – juris, Rn. 79). Der Behörde kommt für die Bewertung, welche Arten für einen Lebensraum charakteristisch sind, ein Beurteilungsspielraum zu (BVerwG, Urt. v. 12.03.2008 – 9 A 3/06 – juris, Rn. 80). Allerdings sind nicht alle charakteristischen Arten eines Lebensraums in der Verträglichkeitsprüfung zu berücksichtigen, sondern lediglich diejenigen Arten, „die einen deutlichen Vorkommensschwerpunkt im jeweiligen Lebensraumtyp aufweisen“ bzw. sofern die Erhaltung ihrer Populationen unmittelbar an den Erhalt des jeweiligen Lebensraumtyps gebunden ist. Die Arten müssen für das Erkennen und Bewerten von Beeinträchtigungen relevant sein, d.h. es sind Arten auszuwählen, die eine Indikatorfunktion für potenzielle Auswirkungen des Vorhabens auf den Lebensraumtyp besitzen“ (BVerwG, Urt. v. 06.11.2012 – 9 A 17/11 – juris, Rn. 52). Da das BfN-Handbuch (Das europäische Schutzgebietssystem Natura 2000, BfN-Handbuch zur Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und der Vogelschutz-Richtlinie, 1998) keine Erkenntnisse zur „konkrete[n] Ausprägung eines Lebensraumtyps in einem konkreten Gebiet“ enthält, ist die Behörde bei der Verträglichkeitsprüfung nicht gehalten, die dort aufgeführten Arten zu berücksichtigen (BVerwG, Urt. v. 06.11.2012 – 9 A 17/11 – juris, Rn. 52).

2. Günstiger Erhaltungszustand

Die Legaldefinitionen des günstigen Erhaltungszustandes einer Art findet sich in Art. 1 Buchst. i FFH-RL²³ beziehungsweise in § 7 Abs. 1 Nr. 10 BNatSchG. Für die Bewertung, ob der günstige Erhaltungszustand ein Art stabil bleibt, stellt das BVerwG maßgeblich auf die Kriterien der **Populationsgröße** (1. Anstrich in S. 2 von Art. 1 Buchst. i FFH-RL) und des **Verbreitungsgebiets** (2. Anstrich in S. 2 von Art. 1 Buchst. i FFH-RL) ab (BVerwG, Urt. v. 17.01.2007 – 9 A 20/05 – juris, Rn. 45).

Für beide Kriterien gelten „**Reaktions- und Belastungsschwellen**“ (BVerwG, Urt. v. 17.01.2007 – 9 A 20/05 – juris, Rn. 44). Danach führt „nicht jeder Verlust eines lokalen Vorkommens“ oder „eine [kurzfristige] Rückentwicklung der Population“ dazu, dass die Population kein lebensfähiges Element mehr im Sinne des 1. Anstrich in S. 2 von Art. 1 Buchst. i FFH-RL ist (BVerwG, Urt. v. 17.01.2007 – 9 A 20/05 – juris, Rn. 45). Auch die Verwendung von Irrelevanz- oder Bagatellschwellen vorhabenbedingter Populationsverluste ist nicht grundsätzlich unzulässig. Allerdings müssen diese an die Fähigkeit einer Art zur Wiederherstellung ihres günstigen Erhaltungszustandes anknüpfen, z.B. an die Reproduktionsfähigkeit. Die Annahme einer pauschalen Irrelevanz von bestimmten Mortalitätsraten ohne fachliche Begründung ist dagegen nicht zulässig (BVerwG, Urt. v. 21.01.2016 – 4 A 5/14 – juris, Rn. 122 f.). Soweit vorhabenbedingte „Stressfaktoren“ die Tierarten nicht beeinflussen und sich daher nicht auf deren Erhaltungszustand auswirken, können diese unberücksichtigt bleiben (BVerwG, Urt. v. 17.01.2007 – 9 A 20/05 – juris, Rn. 45). Ferner bedeutet nicht jeder Flächenverlust eine Abnahme des natürlichen Verbreitungsgebietes im Sinne des 2. Anstrichs in S. 2 von Art. 1 Buchst. i FFH-RL (BVerwG, Urt. v. 17.01.2007 – 9 A 20/05 – juris, Rn. 45). Eine Abnahme ist beispielweise zu verneinen, wenn „eine Population für ihren dauerhaften Bestand auf die bisherige Quantität und Qualität der verlorengehenden Fläche nicht angewiesen ist oder auf andere Flächen ausweichen kann“ (BVerwG, Urt. v. 28.03.2013 – 9 A 22/11 – juris, Rn. 83; Urt. v. 24.11.2011 – 9 A 23/10 – juris Rn. 39). 2019 hat der **VGH Hessen** entschieden, dass es zulässig sei, die Verträglichkeitsprüfung auf diejenigen **Gebietsteile** zu beschränken, die für den Erhaltungszustand der geschützten Vogelarten „**relevant und essenziell**“ seien (VGH Hessen, Urt. v. 26.08.2019 – 4 A 2426/17 – juris, Rn. 83). Die Anwendung dieser Kriterien beurteilt sich nach naturschutzfachlichen Erkenntnissen, wobei das BVerwG in ständiger Rechtsprechung den vom EuGH entwickelten Maßstab der „**besten einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnisse**“ methodisch zugrunde legt (BVerwG, Urt. v. 06.11.2013 – 9 A 14/12 – juris, Rn. 45; EuGH, Urt. v. 07.09.2004 – Waddenvereniging – C-127/02, ECLI:EU:C:2004:482, Rn. 54).

In einer aktuellen Entscheidung bestätigt das OVG Reinland-Pfalz eine **erhebliche Beeinträchtigung** des günstigen Erhaltungszustandes durch den Neubau einer Brücke, die zur Zerstörung von Brutplätzen, Flächeninanspruchnahme und zur

²³ Der Wortlaut ist in Fn. 14 wiedergegeben.

Zerschneidung innerhalb von Nahrungsrevieren in einem FFH-Gebiet führte. Zudem gingen „bau- und betriebsbedingte Störungen“ von dem Vorhaben aus (OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 06.11.2019 – 8 C 10240/18 – juris, Rn. 161 f.).

3. Beeinträchtigungen durch kumulative Auswirkungen

Ein Schutzgebiet kann nicht nur durch ein einzelnes Vorhaben beeinträchtigt werden, eine erhebliche Beeinträchtigung der Erhaltungsziele kann sich gerade aus den kumulativen Wirkungen anderer Vorhaben ergeben (vgl. EuGH, Urt. v. 24.11.2011 – Kommission/Spanien – Rs. C-404/09, ECLI:EU:C:2011:768, Rn. 103, 76 bis 93). Daher sind in der Verträglichkeitsprüfung kumulative Auswirkungen anderer Pläne und Projekte zu ermitteln und zu bewerten (EuGH, Urt. v. 26.04.2017 – Kommission/Deutschland – Rs. C.-142/16, ECLI:EU:C:2017:301, Rn. 57, 62).

Nach der ständigen Rechtsprechung des EuGH sind in der Verträglichkeitsprüfung nach Art. 6 Abs. 3 FFH-RL „unter Berücksichtigung der besten einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnisse **sämtliche Gesichtspunkte** des Planes oder Projektes zu ermitteln [...], die für sich oder **in Verbindung mit anderen Plänen und Projekten** die für dieses Gebiet festgelegten **Erhaltungsziele beeinträchtigen können** (EuGH, Urt. v. 26.04.2017 – Kommission/Deutschland – Rs. C.-142/16, ECLI:EU:C:2017:301, Rn. 57). Der Ermittlungs- und Prüfungsumfang erstreckt sich demnach auf die „kumulativen Auswirkungen alle[r] Projekte [...], die zusammen mit dem Projekt, dessen Genehmigung beantragt wird, die mit der Richtlinie verfolgten Ziele erheblich beeinträchtigen können“. Dies gilt unabhängig davon, ob die kumulativen Auswirkungen von Projekten oder Plänen ausgehen, die bereits vor dem Erlass der FFH-RL realisiert wurden (EuGH, Urt. v. 26.04.2017 – Kommission/Deutschland – Rs. C-142/16, ECLI:EU:C:2017:301, Rn. 61). Maßgeblicher Zeitpunkt für die Bewertung der **kumulativen Auswirkungen** ist der Erlass der Zulassungsentscheidung (EuGH, Urt. v. 26.04.2017 – Kommission/Deutschland – Rs. C-142/16, ECLI:EU:C:2017:301, Rn. 59). Inwieweit kumulative Auswirkungen des Vorhabens zusammen mit noch nicht realisierten Vorhaben zu berücksichtigen sind, hat der EuGH noch nicht ausdrücklich entschieden. In der Entscheidung *Moorburg* nahm der EuGH jedenfalls keinen Verstoß gegen Art. 6 Abs. 3 FFH-RL an, obgleich der Antrag eines noch nicht realisierten Vorhabens zum Erlasszeitpunkt zwar gestellt worden war, dieser aber keine Aussicht auf Erfolg hatte und aus diesem Grund bei der Prüfung kumulativer Auswirkungen nicht berücksichtigt worden war (EuGH, Urt. v. 26.04.2017 – Kommission/Deutschland – Rs. C-142/16, ECLI:EU:C:2017:301, Rn. 64 ff.).

Auch nach der Rechtsprechung des BVerwG sind **kumulative Auswirkungen anderer Pläne und Projekte** in der Verträglichkeitsprüfung zu berücksichtigen (BVerwG, Urt. v. 15.05.2019 – 7 C 27/17 – juris, Rn. 19).²⁴ Im Gegensatz zum

²⁴ Zur Berücksichtigung von Vorbelastungen und kumulativen Auswirkungen im Rahmen des Signifikanzkriteriums sowie des Ausnahmeverfahrens siehe oben A. I. 2. a.) und A. I. 3. a.) cc.).

EuGH unterscheiden Literatur und Rechtsprechung in Deutschland bei kumulativen Auswirkungen zwischen **Vor- und Zusatzbelastungen**.²⁵ Vorbelastungen sind die nachteiligen Auswirkungen von Vorhaben, die bereits umgesetzt wurden. Der Begriff der Zusatzbelastung umschreibt die Beeinträchtigungen von noch nicht realisierten Vorhaben.²⁶ Die Unterscheidung von Vor- und Zusatzbelastungen führt nicht dazu, dass in der Verträglichkeitsprüfung eine der Kategorien unberücksichtigt bleiben würde, sie werden lediglich an unterschiedlichen Stellen relevant.

Die nachteiligen Auswirkungen von **Vorbelastungen** sind nach der Rechtsprechung des BVerwG regelmäßig in den Ist-Zustand des Natura 2000-Gebietes übergegangen (BVerwG, Urt. v. 09.02.2017 – 7 A 2/15 – juris, Rn. 220). Folglich seien die Vorbelastungen ausschließlich im Rahmen der **Bewertung des günstigen Erhaltungszustandes** zu berücksichtigen (BVerwG, Urt. v. 09.02.2017 – 7 A 2/15 – juris, Rn. 220). Ist der günstige Erhaltungszustand aufgrund der Vorbelastungen nicht mehr als stabil einzustufen, ist eine zusätzliche Beeinträchtigung durch ein weiteres Vorhaben unzulässig, das beantragte Vorhaben darf folglich nicht genehmigt werden (BVerwG, Urt. v. 10.11.2009 – 9 B 28/09 – juris, Rn. 3).

Zusatzbelastungen sind bei der sogenannten Summationsprüfung zu berücksichtigen. Hier ist zu klären, wie sich das zu genehmigende Vorhaben gemeinsam mit anderen (geplanten) Vorhaben, die nicht der Vorbelastung zuzurechnen sind, auf das Erhaltungsziel auswirken. Zusatzbelastungen sind nach der Rechtsprechung des BVerwG in die Summationsprüfung einzustellen, wenn sie verlässlich absehbar sind. Dies ist (erst) dann der Fall, wenn die Zulassungsentscheidung für einen anderen Plan oder Projekt ergangen ist (BVerwG Urt. v. 15.05.2019 – 7 C 27/17 – juris, Rn. 19). Vorbelastungen bleiben in der Summationsprüfung grundsätzlich unberücksichtigt (BVerwG, Urt. v. 09.02.2017 – 7 A 2/15 – juris, Rn. 220; OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 06.11.2019 – 8 C 10240/18 – juris, Rn. 177).²⁷

²⁵ Dazu näher *Fellenberg*, NVwZ 2019, 177 (178).

²⁶ Dazu näher *Fellenberg*, NVwZ 2019, 177 (178 f.).

²⁷ Die Unterscheidung der kumulativen Auswirkungen von Vorhaben in Zusatz- und Vorbelastung wird vor dem Hintergrund von Bagatellschwellen, wie sie beispielweise für Stickstoff anerkannt sind, kritisiert: Die Bagatellschwelle für Stickstoff wird bei 3 % des Critical Loads (CL) eines Lebensraumtyps (LRT) angenommen. Die CL werden in Kilogramm Stickstoff pro Hektar und Jahr (kg N/ (ha*a)) angegeben. Entspricht der CL eines LRT 20 kg N/ (ha*a), liegt die Bagatelleschwelle bei 0,6 Kg N/ (ha*a). Ein Eintrag von 0,5 kg N/ (ha*a) durch ein zusätzliches Vorhaben fällt unter die Bagatelleschwelle, unabhängig davon, ob der Stickstoffeintrag durch bereits bestehende Vorhaben bei 25 kg N/ (ha*a) oder 35 kg N/ (ha*a) liegt. Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, bestimmte Vorbelastungen bereits bei der Summationsprüfung zu berücksichtigen. Das Rechenbeispiel stammt von *Fellenberg*, NVwZ 2019, 177 (185 Fn. 27). In einer aktuellen Entscheidung hat das BVerwG eingeräumt, dass die Unterscheidung von Zusatz- und Vorbelastung zu einer schleichenden Verschlechterung eines Natura 2000-Gebietes führen könne, eine Einbeziehung von Vorbelastungen seit Unterschutzstellung der FFH-Gebiete (Dezember 2004) sei im Regelfall aber nicht erforderlich, vgl. BVerwG, Urt. v. 15.05.2019 – 7 C 27.17 II – juris, Rn. 43 ff.

4. Schadensbegrenzungsmaßnahmen

Die Behörde darf nach Art. 6 Abs. 3 S. 2 FFH-RL ihre Zustimmung nicht erteilen, wenn die schädlichen Auswirkungen des Vorhabens dazu führen, dass der günstige Erhaltungszustand des betroffenen Gebietes nicht erhalten bleibt (EuGH, Urt. v. 11.04.2013 – Sweetman u.a. – Rs. C-258/11, ECLI:EU:C:2013:220, Rn. 39). Können Beeinträchtigungen durch Schutzmaßnahmen ausgeschlossen werden, sind die positiven Auswirkungen im Rahmen der Verträglichkeitsprüfung zu berücksichtigen (EuGH, Urt. v. 15.05.2014 – Briels u. a. – Rs. C-521/12, ECLI:EU:C:2014:330, Rn. 28; BVerwG, Urt. v. 28.03.2013 – 9 A 11/22 – juris, Rn. 41), sodass ein an sich unverträgliches Vorhaben genehmigungsfähig werden kann (GA Kokott Schlussanträge v. 25.07.2018 – Coöperatie Mobilisation for the Environment u. a. – verb. Rs. C-293/17 und C-294/17, ECLI:EU:C:2018:622, Rn. 78). Beim Screening, also der Frage, **ob** eine **Verträglichkeitsprüfung** durchzuführen ist, bleiben die Schutzmaßnahmen dagegen unberücksichtigt (EuGH, Urt. v. 12. 04.2018 – People over Wind und Sweetman – Rs. C-323/17, ECLI:EU:C:2018:244, Rn. 40).

Nach der Rechtsprechung des EuGH können Schutzmaßnahmen nur dann in der Verträglichkeitsprüfung berücksichtigt werden, wenn die vom Vorhaben **unmittelbar verursachten schädlichen Auswirkungen wirksam verhindert oder vermindert werden** (EuGH, Urt. v. 15.05.2014 – Briels u. a. – Rs. C-521/12, ECLI:EU:C:2014:330, Rn. 28; zum Erfordernis der Wirksamkeit Urt. v. 26.04.2017 – Kommission/Deutschland – Rs. C-142/16, ECLI:EU:C:2017:301, Rn. 37).

a.) Abgrenzung von anderen Maßnahmen nach Art. 6 FFH-RL

Abzugrenzen sind die Schutzmaßnahmen von den **Erhaltungsmaßnahmen** nach Art. 6 Abs. 1 FFH-RL, den **Vorbeugungsmaßnahmen** nach Art. 6 Abs. 2 FFH-RL und den Ausgleichsmaßnahmen nach Art. 6 Abs. 4 FFH-RL (EuGH, Urt. v. 07.11.2018 – Coöperatie Mobilisation for the Environment u. a. – verb. Rs. C-293/17 und C-294/17, ECLI:EU:C:2018:882, Rn. 123 ff.; für die Maßnahmen nach Art. 6 Abs. 4 FFH-RL EuGH, Urt. v. 25.07.2018 – Grace and Sweetman – Rs. C-164/17, ECLI:EU:C:2018:593, Rn. 47). Diese Maßnahmen sind **nicht im Rahmen der Verträglichkeitsprüfung zu berücksichtigen** (EuGH, Urt. v. 07.11.2018 – Coöperatie Mobilisation for the Environment und Vereiniging Leffmilieu – Rs. C-293/17, Rn. 124, 125). Zur Unterscheidung von Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen i.S.v. Art. 6 Abs. 3 und Abs. 4 FFH-RL sei danach zu fragen, ob die **Maßnahme** die schädlichen **Auswirkungen vermindert oder verringert**, oder ob sie die schädlichen Auswirkungen **ausgleicht** (EuGH, Urt. v. 07.11.2018 – Coöperatie Mobilisation for the Environment u. a. – verb. Rs. C-293/17 und C-294/17, ECLI:EU:C:2018:882, Rn. 125). Allerdings modifiziert der EuGH diese Unterscheidung anschließend für den besonderen Fall („darüber hinaus“ und „nur dann“), dass die „ausreichende Gewissheit besteht, dass eine Maßnahme wirksam dazu beitragen wird, eine Beeinträchtigung des betreffenden Gebiets als solches zu ver-

meiden“, und zudem gewährleistet ist, dass „kein vernünftiger Zweifel daran besteht, dass das Gebiet als solches durch den fraglichen Plan oder das fragliche Projekt nicht beeinträchtigt wird.“ Dann könne „eine solche Maßnahme bei der „Prüfung“ im Sinne von Art. 6 Abs. 3 der Habitat-RL berücksichtigt werden“ (EuGH, Ur. v. 07.11.2018 – Coöperatie Mobilisation for the Environment u. a. – verb. Rs. C-293/17 und C-294/17, ECLI:EU:C:2018:882, Rn. 126, Bezug nehmend auf EuGH, Ur. v. 26.4.2017, Kommission/Deutschland, Rs. C-142/16, EU:C:2017:301, Rn. 38, und Ur. v. 25.7.2018, Grace und Sweetman, Rs. C-164/17, EU:C:2018:593, Rn. 51).

b.) Wirksamkeit der Schutzmaßnahmen

Über die Wirksamkeit der Schutzmaßnahme muss hinreichend Gewissheit bestehen. Es darf **kein „vernünftiger Zweifel“** bestehen, dass das Gebiet als solches **nicht beeinträchtigt wird** (EuGH, Ur. v. 07.11.2018 – Coöperatie Mobilisation for the Environment u. a. – verb. Rs. C-293/17 und C-294/17, ECLI:EU:C:2018:882, Rn. 126). Dies ist insbesondere dann nicht der Fall, „wenn die künftigen Vorteile der Maßnahme ungewiss sind, weil die Modalitäten zur Konkretisierung der Vorteile noch nicht vollzogen worden sind oder weil nach dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse die Vorteile nicht mit Sicherheit ermittelt oder quantifiziert werden können“ (EuGH, Ur. v. 07.11.2018 – Coöperatie Mobilisation for the Environment u. a. – verb. Rs. C-293/17 und C-294/17, ECLI:EU:C:2018:882, Rn. 130). In der Entscheidung des EuGH zum *Kraftwerk Moorburg* reichte ein mehrphasiges Monitoring nicht aus, um die Wirksamkeit einer Schutzmaßnahme nachzuweisen. Ob ein Monitoring, das im Anschluss an die Zulassung eines Vorhabens durchgeführt wird, generell ungeeignet ist, den Nachweis der Wirksamkeit zu erbringen, geht aus der Entscheidung nicht klar hervor, da das Monitoring im konkreten Fall fehlerhaft durchgeführt worden war (EuGH, Ur. v. 26.04.2017 – Kommission/Deutschland – Rs. C-142/16, EU:C:2017:301, Rn. 42 ff.).

c.) Schaffung von Lebensräumen als Schutzmaßnahmen

2014 bewertete der EuGH die Schaffung des gleichen Lebensraumtyps in einem nicht vom Vorhaben beeinträchtigten Teil eines Natura 2000-Gebiets als Ausgleichsmaßnahme, die nicht in der Verträglichkeitsprüfung berücksichtigt werden konnte (EuGH, Ur. v. 15.05.2014 – Briels u. a. – Rs. C-521/12, ECLI:EU:C:2014:330, Rn. 30 f.). Er stellte zudem klar, dass positive Auswirkungen der sich in der Zukunft entwickelnden Lebensräume nur schwer vorhersehbar sind, jedenfalls im Zeitpunkt der Verträglichkeitsprüfung noch nicht abgeschlossen und daher auch nicht absehbar sind (EuGH, Ur. v. 15.05.2014 – Briels u. a. – Rs. C-521/12, ECLI:EU:C:2014:330, Rn. 32). Daran anknüpfend befasste sich der EuGH 2016 in der Entscheidung *Orleans u.a.* sowie 2018 in der Entscheidung *Grace und Sweetman* erneut mit der Frage, ob die Schaffung neuer Lebensräume als Schutzmaßnahmen im Rahmen der Verträglichkeitsprüfung zu berücksichtigen sind. Der EuGH verneinte dies in beiden Fällen, denn die Maßnahmen waren zum Zeitpunkt der Verträglichkeitsprüfung noch nicht vollständig abgeschlossen und der Eintritt

der positiven Folgen daher noch ungewiss (EuGH, Urt. v. 25.07.2018 – *Grace and Sweetman* – Rs. C-164/17, ECLI:EU:C:2018:593, Rn. 53; Urt. v. 21.07.2016 – *Orleans u. a.* – verb. Rs. C-387/15 und C-388/15, ECLI:EU:C:2016:583, Rn. 55, 64). In der Entscheidung *Orleans u.a.* sollten in dem betroffenen Schutzgebiet noch vor der Durchführung des Vorhabens Habitate und Lebensräume geschaffen werden, die zum Zeitpunkt der Verträglichkeitsprüfung noch nicht vollständig entwickelt waren (EuGH, Urt. v. 21.07.2016 – *Orleans u. a.* – verb. Rs. C-387/15 und C-388/15, ECLI:EU:C:2016:583, Rn. 20, 49). Die Entscheidung *Grace und Sweetman* betraf die Genehmigung eines **Windparks**, durch den das Nahrungshabitat des Greifvogels **Kornweihe** beeinträchtigt wurde (EuGH, Urt. v. 25.07.2018 – *Grace and Sweetman* – Rs. C-164/17, ECLI:EU:C:2018:593, Rn. 48). Im Bewirtschaftungsplan des Schutzgebietes waren Maßnahmen festgelegt, die parallel zur Errichtung ergriffen werden sollten (EuGH, Urt. v. 25.07.2018 – *Grace and Sweetman* – Rs. C-164/17, ECLI:EU:C:2018:593, Rn. 48).

In zwei Entscheidungen, die den **Kammolch** betreffen, bejaht das BVerwG die Verträglichkeit der Vorhaben, nachdem die Aufwertung und Entwicklung von Laichgewässern und Landhabitaten als Schadensvermeidungsmaßnahmen in der Verträglichkeitsprüfung berücksichtigt wurden (BVerwG, Urt. v. 23.04.2014 – 9 A 25/12 – juris, Rn. 65; Urt. v. 28.03.2013 – 9 A 22/11 – juris, Rn. 39 ff.).

Solche Maßnahmen können nach der aktuellen Rechtsprechung des EuGH allerdings nur dann, wenn sie die „ausreichende Gewissheit“ bieten, dass sie „wirksam dazu beitragen, eine Beeinträchtigung des betreffenden Gebiets als solches zu vermeiden“, und zudem „kein vernünftiger Zweifel daran besteht, dass das Gebiet als solches durch den fraglichen Plan oder das fragliche Projekt nicht beeinträchtigt wird, bei der „Prüfung“ im Sinne von Art. 6 Abs. 3 Habitat-RL berücksichtigt werden“; anders aber dann, wenn die Vorteile der Maßnahme ungewiss sind (EuGH, Urt. v. 07.11.2018 – *Coöperatie Mobilisation for the Environment und Vereiniging Leffmilieu* – verb. Rs. C-293/17 und C-294/17, ECLI:EU:C:2018:882, Rn. 126, 130).

Anhang I: Rechtsprechung – Artenschutz

Die Entscheidungen sind nach Themenfeldern gemäß dem Rechercheauftrag in Tabellen geordnet. Innerhalb eines Themenfeldes beginnt die Auflistung mit den Entscheidungen des EuGH, daran schließt sich die Rechtsprechung der nationalen Gerichte an. Diese sind nach den Instanzen geordnet (BVerwG – OVG/VGH – VG). Innerhalb der Instanzen sind die Gerichte alphabetisch und im Falle mehrerer Entscheidungen beginnend mit der ältesten Entscheidung aufsteigend aufgelistet.

Artenschutzrechtliche Prüfung (ASP)

Entscheidung	Themenschwerpunkt	Randnummer
BVerfG, Beschl. v. 23.10.2018 – 1 BvR 2523/13, 1 BvR 595/14	ASP	
	Gesetzlicher Regelungsbedarf	LS 2, 24
BVerwG, Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/07	ASP	
	Kein lückenloses Arteninventar erforderlich	54
	Anforderungen an Sachverhaltsermittlung	59 ff.
	Quellen allgemeiner Erkenntnisse	61
BVerwG, Beschl. v. 28.11.2013 – 9 B 14/13	ASP	
	Prüfung der Allerweltsvogelarten	20
BVerwG, Urt. v. 28.04.2016 – 9 A 9/15	ASP	
	Analogieschlüsse	115
BVerwG, Urt. v. 06.04.2017 – 4 A 16/16	ASP	
	Quellen allgemeiner Erkenntnisse	62
	Unterstellung Artvorkommen im Genehmigungsverfahren	63

		Prüfung der Allerweltsvogelarten	65
BVerwG, Ur. v. 29.06.2017 – 3 A 1/16		ASP	
		Prüfpflicht bei älteren Daten	124 ff.
BVerwG. Ur. v. 09.11.2017 – 3 A 4/15		ASP	
		Tiefe der Bestandserfassung bei Allerweltsvogelarten	44 f.
		Prüfpflicht bei älteren Daten	44
		Fachlicher Stand einer Ortsbegehung	46, 57
BVerwG, Beschl. v. 08.03.2018 – 9 B 25/17		ASP	
		Keine Geltung der vom EuGH zum Habitatschutz entwickelten Grundsätze	19
		Prüfung der Allerweltsvogelarten	26 f
BVerwG, Ur. v. 27.11.2018 – 9 A 8/17		ASP	
		Bestandserfassung – Netzfänge	107
		Analogieschlüsse bei seltenen Vogelarten	133 f.
VGH Baden-Württemberg, Beschl. v. 06.07.2016 – 3 S 942/16		ASP	
		Hinweise der LUBW zur Bewertung und Vermeidung von Beeinträchtigungen von Vogelarten bei Bauleitplanung und Genehmigung für Windenergieanlagen vom 01.07.2015 keine Rechtssätze, aber wichtige Orientierungshilfe	46
		ASP	

VGH Bayern, Beschl. 29.12.2016 – 22 CS 16.2162	Rotmilan – Anwendung des bayerischen Wind- krafterlasses	51
	Artinformationen des LfU sind allgemeiner gesicher- ter Stand des vogelkundli- chen Wissens	54
	Artinformationen sind anti- zipierte Sachverständi- gengutachten mit hoher Qualität	54
VGH Bayern, Urtr. v. 30.06.2017 – 22 B 15.2365	ASP	
	Unverwertbarkeit der Er- kenntnisse bei außerge- wöhnlich schlechter Witte- rung	59
	Rotmilan – Raumnut- zungsanalyse – Durchfüh- rung entsprechend des Windenergie-Erlasses 2011 fehlerhaft	83 ff.
VGH Bayern, Beschl. v. 31.07.2017 – 22 ZB 17.1033	ASP	
	Windenergie-Erlass 2011 – antizipiertes Sachver- ständigen Gutachten von hoher Qualität	17
VGH Bayern, Beschl. v. 27.11.2017 – 22 CS 17.1574	ASP	
	Bindung an Windenergie- Erlass 2016 – Abwei- chungskompetenz	49
VGH Bayern, Beschl. v. 05.11.2019 – 22 CS 19.1568	ASP	
	Windenergie-Erlass 2016 – keine Abweichung ohne sachlichen Grund	17
	Auswahl der Fixpunkte nach Vorgaben des Wind- energie-Erlass	20 ff.

	Indizien für unbesetzte Brutplätze	34 f.
OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 22.08.2018 – OVG 11 S 10.18	ASP	
	Berücksichtigung Windenergie-Erlass	11
VGH Hessen, Beschl. v. 28.01.2014 – 9 B 2184/13	ASP	
	Haselhuhn und Ziegenmelker – Ermittlungstiefe – Ermittlungsmethode „Verhörung“	19 f.
VGH Hessen, Beschl. v. 21.12.2015 – 9 B 1607/15	ASP	
	Rotmilan – Mindestabstände im „Leitfaden Berücksichtigung der Naturschutzbelange bei der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen (WKA) in Hessen“ – Raumnutzungsanalyse	40
	Rotmilan – Anforderungen an Raumnutzungsanalyse aus Leitfaden	41 ff.
VGH Hessen, Beschl. v. 07.09.2017 - 9 A 1785/15.Z	ASP	
	Schwarzstorch – Mindestabstände im „Leitfaden Berücksichtigung der Naturschutzbelange bei der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen (WKA) in Hessen“ – Raumnutzungsanalyse	12
VGH Hessen, Beschl. v. 06.11.2018 – 9 B 765/18	ASP	
	Schwarzstorch – mögliches Vorkommen – Monitoring als Nebenbestimmung – weder Ermittlungsdefizit noch fehlerhafte Methodik	37, 40
	ASP	

VGH Hessen, Beschl. v. 24.01.2019 – 9 B 2455/18	Fledermäuse – keine Erforderlichkeit einer Raumnutzungsanalyse	24
	Abweichung von Vorgaben des Leitfadens – Möglichkeit der Kompensation	33
	Wespenbussard – Funktionsraumanalyse	40, 43
	Rotmilan – Raumnutzungsanalyse	42
OVG Mecklenburg-Vorpommern, Urt. v. 13.09.2017 – 3 L 145/14	ASP	
	Erkenntnislücken – Monitoring	46 ff.
	Fledermäuse – Bestandserfassung – fachlicher Standard	53 - 55
OVG Mecklenburg-Vorpommern, Beschl. v. 27.06.2018 – 3 M 286/15	ASP	
	Rotmilan – bei Unterschreitung der Mindestabstände in artenschutzrechtlicher Arbeits- und Beurteilungshilfe für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen des LUNG M-V mit Stand vom 01.08.2016 und des Helgoländer Papiers kann Beeinträchtigung nicht offensichtlich ausgeschlossen werden	84
OVG Niedersachsen, Beschl. v. 28.06.2019 – 12 ME 57/19	ASP	
	Windenergie-Erlass – keine Abweichung ohne sachlichen Grund	28 f.
OVG Nordrhein-Westfalen, Urt. v. 18.05.2017 – 8 A 974/15	ASP	
	Keine Kompensation von Ermittlungsdefiziten durch Monitoring	121 ff.

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 23.05.2017 – 8 B 1303/16	ASP	
	Rotmilan – Durchführung einer Raumnutzungsanalyse	17 ff.
OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 29.11.2017 – 8 B 663/17	ASP	
	Ausreichender Ermittlungsumfang bei Berücksichtigung der Mindestabstände des Leitfadens "Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen", Windenergie-Erlass und Helgoländer Papier	12
	Rohrweihe – Ermittlungsumfang	12-20
	Großer Brachvogel – Ermittlungsumfang	21-30
OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 04.10.2017 – 8 B 976/17	ASP	
	ASP nach dem sog. Leitfaden "Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen"	16 ff.
OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 20.02.2018 – 8 B 840/17	ASP	
	ASP nach dem sog. Leitfaden "Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen"	26
	Orientierung an Helgoländer Papier nicht zu beanstanden	26

OVG Saarland, Beschl. v. 05.09.2017 – 2 A 316/16	ASP	
	Berücksichtigung Windenergie-Erlass	23
OVG Sachsen, Beschl. v. 27.03.2018 – 4 B 185/17	ASP	
	Ungeklärt, ob Helgoländer Papier fachlichen Stand der Wissenschaft noch wiedergibt	33
OVG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 24.01.2018 – 2 L 110/15	ASP	
	Rotmilan – Ermittlungstiefe	24 ff.
OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 20.09.2018 – 8 A 11958/17.	ASP	
	„Naturschutzfachlicher Rahmen zum Ausbau der Windenergienutzung in Rheinland-Pfalz“ vom 13.09.2012 weiterhin aktueller Stand der Wissenschaft	110, 114
OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 08.05.2019 – 8 B 10483/19.	ASP	
	Helgoländer Papier nicht allgemeiner Stand der Wissenschaft	12
VG Gießen, Urte. v. 03.09.2019 – 3 K 250/16.Gl.	ASP	
	„Leitfaden Berücksichtigung der Naturschutzbelange bei der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen (WKA) in Hessen“ – antizipiertes Sachverständigen Gutachten mit hoher Qualität	77
VG Kassel, Urte. v. 25.10.2017 – 7 K 2267/15.KS.	ASP	
	Sachverhaltsermittlung – "Berücksichtigung der Naturschutzbelange bei der	31

	Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen in Hessen"	
VG Kassel, Ur. v. 19.12.2018 – 7 K 2906/16.KS.	ASP	
	Methode zur Feststellung des Meide- und Ausweichverhaltens	134

Tötungsverbot

Entscheidung	Themenschwerpunkt	Randnummer
EuGH, Urt. v. 18.05.2016 – Kommission/Spanien – Rs. C-221/04	Tötungsverbot	
	Keine Prüfung einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos	48 f, 59 ff
EuGH, Urt. v. 10.11.2016 – Kommission/Griechenland – Rs. C-504/14	Tötungsverbot	
	Keine Prüfung einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos	139 ff.
EuGH, Urt. v. 17.04.2018 – Kommission/Polen – Rs. C-441/17	Tötungsverbot	
	Keine Prüfung einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos	230 ff.
EuGH, Urt. v. 10.10.2019 – Tapiola – Rs. C-674/17	Tötungsverbot	
	Keine Prüfung einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos	26 f.
BVerwG, Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/07	Tötungsverbot	
	Einschätzungsprärogative	64 ff.
	Signifikanzkriterium	90
BVerwG, Urt. v. 14.07.2011 – 9 A 12/10	Tötungsverbot	
	Kriterien zur Bewertung der Signifikanz und Einschätzungsprärogative	99
BVerwG, Urt. v. 08.01.2014 – 9 A 4/13	Tötungsverbot	
	Maßstab für Vermeidungsmaßnahmen	99
BVerwG, Urt. v. 28.04.2016 – 9 A 9/15	Tötungsverbot	
	Einschätzungsprärogative bei Wirksamkeit von Vermeidungsmaßnahmen	144
BVerwG, Urt. v. 28.04.2016 – 9 A 10/15	Tötungsverbot	
	Fledermäuse – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	141

BVerwG, Urt. v. 10.11.2016 – 9 A 18/15	Tötungsverbot	
	Keine Berücksichtigung von Vorbelastungen	84
	Kriterien in Zusammenhang mit der Biologie der Art	84
BVerwG, Beschl. v. 08.03.2018 – 9 B 25/17	Tötungsverbot	
	Risikobewertung	11
BVerwG, Beschl. v. 20.03.2018 – 9 B 43/16	Tötungsverbot	
	Keine Berücksichtigung von Vorbelastungen	53
BVerwG, Urt. v. 27.11.2018 – 9 A 8/17	Tötungsverbot	
	Keine Vorlage an EuGH	97 ff.
	Signifikanzerfordernis ist ständige Rechtsprechung	98
	Schleiereule – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	115
	Uhu – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	122
	Wirksamkeit – Vermeidungsmaßnahmen – keine Geltung des Maßstabes im Habitatschutz	123
	Vermeidungsmaßnahmen erfasst von Störungsverbot	125
VGH Bayern, Urt. v. 30.06.2017 – 22 B 15.2365	Tötungsverbot	
	Rotmilan – Unterschreitung des 1000 Meter-Abstandes widerlegbare Vermutung signifikant gesteigertes Tötungsrisiko	60
VGH Bayern, Beschl. v. 27.11.2017 – 22 CS 17.1574	Tötungsverbot	
	§ 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG n.F. kodifiziert die Signifikanz-Rechtsprechung des BVerwG	35

	Fehlerhafte Risikobewertung bei Abweichung Windenergie-Erlass vom 19.07.2016	49
	Fischadler – kollisionsgefährdete Vogelart	55
	Schwarzstorch – kollisionsgefährdete Vogelart	55
OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 22.08.2018 – OVG 11 S 10.18	Tötungsverbot	
	Keine Bindung an Helgoländer Papier	11
	Schwarzstorch – kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	12,14
	Kranich – artspezifische Verhaltensweise – kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	19 f.
	Rotmilan – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	21
VGH Baden-Württemberg, Beschl. vom 06.07.2016 – 3 S 942/16	Tötungsverbot	
	Rotmilan – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	46
	Rotmilan – unzureichende Vermeidungsmaßnahme	57
	Schwarzmilan – kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	66 ff.
	Mäusebussard – keine windkraftsensible Vogelart, fachlich vertretbar unter Berücksichtigung des Helgoländer Papiers und LUBW-Hinweisen	71
VGH Bayern, Beschl. v. 08.06.2015 – 22 CS 15.686 u.a.	Tötungsverbot	47
	Uhu – kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	
VGH Hessen, Urt. v. 17.12.2013 – 9 A 1540/12.Z	Tötungsverbot	
	Rotmilan – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	11
	Tötungsverbot	

VGH Hessen, Beschl. v. 28.01.2014 – 9 B 2184/13	Mindestabstände im „Leitfaden Berücksichtigung der Naturschutzbelange bei der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen (WKA) in Hessen“ keine Ausschlussbereiche	17
	Raubwürger – kein windkraftsensibler Vogelart	22
	Rauhfußkauz – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko – Vermeidungsmaßnahmen	23
	Uhu – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko – artspezifische Verhaltensweisen (Flughöhe)	24
	Schwarzstorch – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	25
	Kranich – nicht windkraftsensibel	26
	Vermeidungsmaßnahme vor Baubeginn	27
VGH Hessen, Beschl. v. 21.12.2015 – 9 B 1607/15	Tötungsverbot	
	Rotmilan – Mindestabstände im „Leitfaden Berücksichtigung der Naturschutzbelange bei der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen (WKA) in Hessen“ – Raumnutzungsanalyse	40
	Rotmilan – Anforderungen Raumnutzungsanalyse – Berücksichtigung Leitfaden	41 ff.
VGH Hessen, Beschl. v. 04.08.2016 – 9 B 2744/15	Tötungsverbot	
	Fledermaus – Vermeidungsmaßnahmen	16
VGH Hessen, Beschl. v. 07.09.2017 – 9 A 1785/15.Z	Tötungsverbot	
	Schwarzstorch – Mindestabstände im „Leitfaden Berücksichtigung der Naturschutzbelange bei der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen	12

	(WKA) in Hessen“– Raumnutzungsanalyse	
VGH Hessen, Beschl. v. 24.01.2019 – 9 B 2455/18	Tötungsverbot	
	Fledermäuse – kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	24
	Rotmilan – kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko – Abschaltanordnung	40
	Wespenbussard – kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	42
	Mäusebussard – kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	43
VGH Hessen, Beschl. v. 21.02.2019 – 9 B 182/19	Tötungsverbot	
	Mäusebussard – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	26
	Fledermäuse – Vermeidungsmaßnahmen – Barotrauma	28, 30
	Rotmilan – Vermeidungsmaßnahmen	28, 32
	Wespenbussard – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	35
VGH Hessen, Urt. v. 14.05.2019 – 9 B 2016/18	Tötungsverbot	
	Rotmilan – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	14
	Vermeidungsmaßnahme „Ablenkungsflächen“ unwirksam	15
	Vermeidungsmaßnahme Abschaltzeiten bei landwirtschaftlicher Nutzung	17
OVG Niedersachsen, Urt. v. 25.10.2018 – 12 LB 118/16	Fledermaus – wirksame Vermeidungsmaßnahme (Abschaltzeiten) – Gondelmonitoring	213 ff.
OVG Niedersachsen, Beschl. v. 12.12.2018 – 4 LA 389/17	Tötungsverbot	
	Mäusebussard – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko – landwirtschaftliche Tätigkeiten	15
	Tötungsverbot	

OVG Niedersachsen, Urt. v. 27.08.2019 – 7 KS 24/17	Fledermäuse – Vermeidungsmaßnahmen – Monitoring	313
OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 22.05.2017 – 8 B 927/16	Tötungsverbot	
	Bewertung des Tötungsrisiko am Maßstab der praktischen Vernunft	12
	Wiesenweihe – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	16 ff.
OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 09.06.2017 – 8 B 1264/16	Tötungsverbot	
	Waldschnepfe – Einstufung als windkraftsensible Vogelart fachlich vertretbar	46
OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 13.09.2017 – 3 L 145/14	Tötungsverbot	
	Kiebitz – windkraftsensible Vogelart	33
OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 29.11.2017 – 8 B 663/17	Tötungsverbot	
	Kiebitz – windkraftsensible Vogelart	33
OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 01.04.2019 – 8 B 1013/18	Tötungsverbot	
	Rotmilan – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko – Abschaltzeiten als unzureichende Vermeidungsmaßnahme	21 ff.
OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 27.04.2017 – 8 B 10738/17	Tötungsverbot	
	Fledermäuse – kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	19
	Wespenbussard nicht kollisionsgefährdete Vogelart – fachlich vertretbar	22
	Mäusebussard – nicht kollisionsgefährdete Vogelart – fachlich vertretbar	22
OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 25.07.2017 – 8 B 10987/17	Tötungsverbot	
	„Progress-Studie“ 2016 „Ermittlung der Kollisionsraten von Greifvögeln und Schaffung planungsbezogener Grundlagen für die Prognose und Bewertung des Kollisionsrisikos durch	30

	Windenergieanlagen“ – keine zwingende Bewertungsgrundlage	
	Mopsfledermaus – Unterschreitung des Mindestabstandes von 5 Kilometern fachlich vertretbar	35
OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 08.05.2019 – 8 B 10483/19	Tötungsverbot	
	Wespenbussard – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	15
OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 31.10.2019 – 1 A 11643/17	Tötungsverbot	
	Kranich – kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	40
OVG Saarland, Beschl. v. 05.04.2017 – 2 B 726/16	Tötungsverbot	
	Rotmilan – kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	14
	Mornellregenpfeifer – kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	14
OVG Saarland, Beschl. v. 18.04.2017 – 2 A 225/16	Tötungsverbot	
	Mornellregenpfeifer – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	35
OVG Saarland, Beschl. v. 05.09.2017 – 2 A 316/16	Tötungsverbot	
	Rotmilan – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko – Vermeidungsmaßnahme unwirksam	33 - 34
OVG Sachsen, Beschl. v. 05.02.2018 – 4 B 127/17	Tötungsverbot	
	Rotmilan – Erhaltungszustand für Bewertung des Tötungsverbotes irrelevant	16
OVG Sachsen, Beschl. v. 27.03.2018 – 4 B 185/17	Tötungsverbot	
	Schwarzmilan – kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	32 ff.
	Rotmilan – kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	33

	Baumfalke – keine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos	32 ff.
	Feldlerche – keine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos	36
OVG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 13.3.2014 – 2 L 215/11	Tötungsverbot	
	Fledermäuse – Zulässige Maßnahmen bei Zweifel an signifikant erhöhtem Tötungsrisiko	39
OVG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 24.01.2018 – 2 L 110/15	Tötungsverbot	
	Rotmilan – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	35
VG Augsburg, Urt. v. 02.07.2015 – Au 4 K 13.567	Tötungsverbot	
	Rotmilan – Einstufung als windkraftsensible Vogelart fachlich vertretbar unter Berücksichtigung des Windenergie-Erlass 2011	82 ff.
	Schwarzmilan – Einstufung als windkraftsensible Vogelart fachlich vertretbar unter Berücksichtigung des Windenergie-Erlass 2011	82 ff.
	Wespenbussard – Einstufung als windkraftsensible Vogelart fachlich vertretbar unter Berücksichtigung des Windenergie-Erlass 2011	82 ff.
	Baumfalke – Einstufung als windkraftsensible Vogelart fachlich vertretbar unter Berücksichtigung des Windenergie-Erlass 2011	82 ff.
VG Darmstadt, Beschl. v. 17.06.2015 – 6 L 571/15.DA	Tötungsverbot	
	Fledermäuse – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko – Risiken aus Anlage	112 f.
VG Gießen, Urt. v. 13.06.2018 – 1 K 311/17.GI	Tötungsverbot	
	Schwarzstorch – artspezifische Verhaltensweisen	30-42

		Signifikant erhöhtes Tötungsrisiko – regelmäßige Frequentierung ausreichend	45
		Schwarzstorch – Vermeidungsmaßnahmen	50
VG Gießen, Ur. v. 03.09.2019 – 3 K 250/16.GI		Tötungsverbot	
		Rotmilan – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko – artspezifische Verhaltensweisen	79, 84 f., 91, 93
		Rotmilan – Mindestabstand zwischen Horst und Anlage – fachlicher Stand der Bewertung	82
		Uhu – windkraftsensible Vogelart	109
		Uhu – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko – mit Höhenflügen über 80 Metern ist im Einzelnen zu rechnen	122
VG Hannover, Beschl. v. 04.07.2017 – 12 B 1966/17		Tötungsverbot	
		Schwarzmilan – kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	105 f.
VG Kassel, Ur. v. 02.03.2016 – 1 K 1122/13.KS		Tötungsverbot	
		Schwarzstorch – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	64 - 68
VG Kassel, Ur. v. 25.10.2017 – 7 K 2267/15.KS		Tötungsverbot	
		Großes Mausohr und Bechsteinfledermaus – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko	86
VG Kassel, Beschl. v. 02.08.2018 – 2 L 1764/18.KS		Tötungsverbot	
		Schwarzstorch – keine eindeutigen Erkenntnisse zur Schlaggefährdung von Schwarzstorch	93 ff.
VG Kassel, Beschl. v. 14.12.2018 – 7 L 768/18.KS		Tötungsverbot	
		Rotmilan – Leitfaden Windenergie Hessen 2012 – Raumnutzungsanalyse	75 ff.

	Rotmilan – 1500 Meter Mindestabstand – allgemeiner Stand der ökologischen Wissenschaft	80
	Rotmilan – Unwirksamkeit Vermeidungsmaßnahmen – Ablenkungsmaßnahme und „Mahd-Abschaltung“	90 ff.
VG Kassel, Ur. v. 19.12.2018 – 7 K 2906/16.KS	Tötungsverbot	
	Unterschiedliche Bewertung des signifikant erhöhten Tötungsrisikos seltener und weitverbreiteter Vogelarten	95 ff.
	Limikolen – kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko – artspezifische Verhaltensweisen	120 ff.
	Rotmilan – 1500 Meter Mindestabstand – allgemeiner Stand der ökologischen Wissenschaft – Helgoländer Papier weitgehend anerkannt	158 ff.
	Beachtlichkeit der Anforderungen für Gutachten und Raumnutzungsanalysen im Leitfaden "Berücksichtigung der Naturschutzbelange bei der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen (WKA) in Hessen"	172 ff.
VG Wiesbaden, Ur. v. 24.07.2020 – 4 K 2962/16.WI	Tötungsverbot	
	Wanderfalke – signifikant erhöhtes Tötungsrisiko – Brutverhalten	
	Kranich – kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko – Nebenbestimmungen mit anlassbezogenen Abschaltanordnungen	

	Uhu – kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko – artspezifische Verhaltensweisen und Vermeidungsmaßnahmen	
--	--	--

Vermeidungsmaßnahmen (Tötungsverbot)

Entscheidung	Themenschwerpunkt	Randnummer
BVerwG, Urt. v. 08.01.2014 – 9 A 4/13	Vermeidungsmaßnahmen	
	Maßstab für Vermeidungsmaßnahmen	99
BVerwG, Urt. v. 28.04.2016 – 9 A 9/15	Vermeidungsmaßnahmen	
	Einschätzungsprärogative bei Wirksamkeit von Vermeidungsmaßnahmen	144
BVerwG, Urt. v. 27.11.2018 – 9 A 8/17	Vermeidungsmaßnahmen	
	Wirksamkeit Vermeidungsmaßnahmen – keine Geltung des Maßstabes im Habitatschutz	123
	Vermeidungsmaßnahmen erfasst von Störungsverbot	125
VGH Baden-Württemberg, Beschl. v. 06.07.2016 – 3 S 942/16	Vermeidungsmaßnahmen	
	Rotmilan – Unzureichende Vermeidungsmaßnahme	57 ff.
VGH Hessen, Beschl. v. 28.01.2014 – 9 B 2184/13	Vermeidungsmaßnahmen	
	Rotmilan – Vermeidungsmaßnahme vor Baubeginn	20
VGH Hessen, Beschl. v. 04.08.2016 – 9 B 2744/15	Vermeidungsmaßnahmen	
	Fledermäuse – Vermeidungsmaßnahmen	16
VGH Hessen, Beschl. v. 24.08.2016 – 9 B 974/16	Vermeidungsmaßnahme	
	Fledermäuse – Vermeidungsmaßnahme – Abschaltalgorithmen und Gondelmonitoring	29
VGH Hessen, Beschl. v. 06.11.2018 – 9 B 765/18	Vermeidungsmaßnahmen	
	Schwarzstorch – mögliches Vorkommen – Monitoring als Nebenbestimmung	29
	Vermeidungsmaßnahmen	

VGH Hessen, Beschl. v. 21.02.2019 – 9 B 182/19	Fledermäuse – Vermeidungsmaßnahmen	28, 30
	Rotmilan – Vermeidungsmaßnahmen	28, 32
	Rotmilan – Vermeidungsmaßnahme „Ablenkungsflächen“ unwirksam	15
	Rotmilan – Vermeidungsmaßnahme Abschaltzeiten bei landwirtschaftlicher Nutzung	17
OVG Mecklenburg-Vorpommern, Urt. v. 13.09.2017 – 3 L 145/14	Vermeidungsmaßnahmen	
	Fledermäuse – Anforderungen Monitoring	46 ff.
	Fledermäuse – Monitoring zur Formulierung von Abschaltzeiten	52 ff.
OVG Niedersachsen, Urt. v. 10.01.2017 – 4 LC 197/15	Vermeidungsmaßnahmen	
	Feldlerche – Rechtsgrundlage für Monitoring – Kompensationsmaßnahme – Erfolgsmo- nitoring zum Nachweis der Wirksamkeit als Nebenbestimmung	59 f.
	Zweifel über Wirksamkeit Vermeidungsmaßnahme – Monitoring und Risikomanagement	60 f.
OVG Niedersachsen, Urt. v. 25.10.2018 – 12 LB 118/16	Vermeidungsmaßnahmen	
	Fledermäuse – wirksame Vermeidungsmaßnahme (Abschaltzeiten) – Gondelmonitoring	199 f.
OVG Niedersachsen, Urt. v. 27.08.2019 – 7 KS 24/17	Vermeidungsmaßnahmen	
	Fledermäuse – Vermeidungsmaßnahmen – Monitoring und Risikomanagement	313 ff.
OVG Nordrhein-Westfalen, Urt. v. 18.05.2017 – 8 A 974/15	Vermeidungsmaßnahmen	
	Rohrweihe – Vermeidungsmaßnahme – Schaffung von Brutplätzen und Nahrungshabitaten	116 ff.
	Rohrweihe – Vermeidungsmaßnahme – Abschaltzeiten im konkreten Fall ungeeignet	119

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 22.05.2017 – 8 B 927/16	Vermeidungsmaßnahmen	
	Wiesenweihe – Vermeidungsmaßnahme – Schaffung von Brut- und Nahrungshabitaten im konkreten Fall ungeeignet	17 ff.
OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 01.04.2019 – 8 B 1013/18	Vermeidungsmaßnahmen	
	Rotmilan – Abschaltzeiten als unzureichende Vermeidungsmaßnahme	21 ff.
OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 27.04.2017 – 8 B 10738/17	Vermeidungsmaßnahmen	
	Fledermäuse – ausreichende Vermeidungsmaßnahmen	14
OVG Saarland, Beschl. v. 05.04.2017 – 2 B 726/16	Vermeidungsmaßnahmen	
	Rotmilan – Vermeidungsmaßnahme – Schutzmaßnahmen unterhalb der Anlage/Pufferbereich/Ablenkungsmaßnahme – keine signifikante Erhöhung trotz 750 Metern Abstand zur Windenergieanlage	3, 14
OVG Saarland, Beschl. v. 05.09.2017 – 2 A 316/16	Vermeidungsmaßnahmen	
	Rotmilan – ungeeignete Vermeidungsmaßnahme – Abschaltzeiten bei dauerhafter Nutzung	33 - 34
OVG Sachsen, Beschl. v. 14.12.2017 – 4 B 13/17	Vermeidungsmaßnahmen	
	Fledermäuse – Abschaltalgorithmen wirksame Vermeidungsmaßnahmen	17
	Gondelmonitoring geeignet für Beweis von Wirksamkeit von Vermeidungsmaßnahmen	18
OVG Sachsen-Anhalt, Urteil v. 13.3.2014 – 2 L 215/11	Vermeidungsmaßnahmen	
	Ermächtigungsgrundlage für Monitoring	34
VG Gießen, Urteil v. 13.06.2018 – 1 K 311/17.GI	Vermeidungsmaßnahmen	
	Schwarzstorch – Vermeidungsmaßnahmen	50
	Vermeidungsmaßnahmen	

VG Kassel, Beschl. v. 14.12.2018 – 7 L 768/18.KS	Rotmilan – unwirksame Vermeidungsmaßnahmen – Ablenkungsmaßnahme und „Mahn-Abschaltung“	90 ff.
--	--	--------

Störungsverbot

Entscheidung	Themenschwerpunkt	Randnummer
BVerwG, Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/07	Störungsverbot	
	Störungsverbot – Möglichkeiten der Beeinträchtigung – Trennwirkung	104 ff.
	Berücksichtigung Vermeidungsmaßnahmen bei der Bewertung einer Störung	105
	Einschätzungsprärogative	106
	Fledermäuse – Beeinträchtigungen	230
BVerwG, Urt. v. 06.11.2012 – 9 A 17/11	Störungsverbot	
	Fledermäuse – Störungs-handlungen	107
BVerwG, Urt. v. 28.03.2013 – 9 A 22/11	Störungsverbot	
	Wildkatze – Trennwirkung	119
OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 22.08.2018 – OVG 11 S 10.18	Störungsverbot	
	Kranich – Optische Störung – Scheuchwirkung – Windenergieanlage – Vermeidungsmaßnahmen	19 f.
VGH Hessen, Beschl. v. 07.09.2017 – 9 A 1785/15.Z	Störungsverbot	
	Schwarzstörche – Trennwirkung – Nahrungshabitat – Ablenkungsmaßnahmen	9 - 12
VGH Hessen, Beschl. v. 21.02.2019 – 9 B 182/19	Störungsverbot	
	Fledermäuse -Vermeidungsmaßnahme – CEF-Maßnahme	22 f.
	Störungsverbot	

OVG Niedersachsen, Urt. v. 27.08.2019 – 7 KS 24/17	Vermeidungsmaßnahme – Abgrenzung zum Lebensverlust – Berücksichtigung von vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen	345
OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 22.05.2017 – 8 B 927/16	Störungsverbot	
	Verschlechterung des Erhaltungszustandes	31
	Störungshandlungen	31
	Wachtel – Vermeidungsmaßnahme	34 f.
	Mornellregenpfeifer – Vermeidungsmaßnahme	36
OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 04.10.2017 – 8 B 976/17	Störungsverbot	
	Maßstab für die Beurteilung von Beeinträchtigungen	25
	Schwarzstorch – störende empfindliche Vogelart	40
OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 06.08.2019 – 8 B 409/18	Störungsverbot	
	Verschlechterung des Erhaltungszustandes	39
	Störungshandlung – Windenergieanlage verursacht Meideverhalten	41
	Bewertung der Beeinträchtigung – Einschätzungsprärogative	43
	Mornellregenpfeifer – erhebliche Störung	44 f.
	Mornellregenpfeifer – störende empfindliche Vogelart	45
OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 14.10.2014 – 8 C 10233/14	Störungsverbot	
	Störungshandlungen	67

OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 27.04.2017 – 8 B 10738/17	Störungsverbot	
	Fledermäuse – keine erhebliche Störung	16
	Waldschnepfe – Übertö- nung Balzrufe – Vermeidungs- konzept	21
OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 20.09.2018 – 8 A 11958/17	Störungsverbot	
	Ziegenmelker – störem- findliche Vogelart	115
OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 06.11.2019 – 8 C 10240/18	Störungsverbot	
	Brutvögel und Fleder- mäuse – Berücksichtigung Vermeidungsmaßnahmen bei der Bewertung einer Störung	252 ff.
OVG Saarland, Beschl. v. 18.04.2017 – 2 A 225/16	Störungsverbot	
	Mornellregenpfeifer – Zug- vogelart – Scheuchwir- kung	35

Beschädigungs- und Zerstörungsverbot

Entscheidung	Themenschwerpunkt	Randnummer
BVerwG, Urt. v. 18.03.2009 – 9 A 39/07	Beschädigungs- und Zerstörungsverbot	
	Begriff der Fortpflanzungs- und Ruhestätten – räumliche Dimension des Schutzes	66
	Begriff der Fortpflanzungs- und Ruhestätten – zeitliche Dimension des Schutzes	66
BVerwG, Urt. v. 13.05.2009 – 9 A 73/07	Beschädigungs- und Zerstörungsverbot	
	Begriff der Fortpflanzungs- und Ruhestätten – räumliche Dimension des Schutzes	90
BVerwG, Urt. v. 28.03.2013 – 9 A 22/11	Beschädigungs- und Zerstörungsverbot	
	Fortpflanzungsstätte – restriktive Auslegung	118
	Begriff der Fortpflanzungs- und Ruhestätten – räumlich Dimension des Schutzes	118
	Begriff der Fortpflanzungs- und Ruhestätten – zeitliche Dimension des Schutzes	118
BVerwG, Urt. v. 06.11.2013 – 9 A 14/12	Beschädigungs- und Zerstörungsverbot	
	Fortpflanzungsstätte – restriktive Auslegung	114
	Begriff der Fortpflanzungs- und Ruhestätten –	114

	räumliche Dimension des Schutzes	
	Begriff der Fortpflanzungs- und Ruhestätten – zeitliche Dimension des Schutzes	114
BVerwG, Urt. v. 28.04.2016 – 9 A 9/15	Beschädigungs- und Zerstörungsverbot	
	Ruhestätte – restriktive Auslegung	151
	Rastvögel – Fortpflanzungs- und Ruhestätte – räumliche Dimension	152
BVerwG, Urt. v. 10.11.2016 – 9 A 18/15	Beschädigungs- und Zerstörungsverbot	
	Fledermäuse – Beschädigungs- und Zerstörungshandlung – baubedingte Rodungen	90
	Fledermauskästen geeignet ökologische Funktion von Fortpflanzungs- und Ruhestätten zu erfüllen	90 f.
BVerwG, Urt. v. 06.04.2017 – 4 A 16.16	Beschädigungs- und Zerstörungsverbot	
	Begriff der Fortpflanzungs- und Ruhestätten – zeitlicher Dimension des Schutzes	82
	Beschädigungshandlung – winterliche Rodungen im konkreten Fall kein Verstoß	85
	Ruhestätte- und Fortpflanzungsstätte – Baumhöhlen – Nutzung durch andere Arten als Fledermäuse – bei Wildbienen unterliegen Lebensstätten	85

	einem ständigen Wechsel, daher kein Verstoß	
BVerwG, Ur. v. 09.11.2017 – 3 A 4/15	Beschädigungs- und Zerstörungsverbot	
	Fledermäuse – Beschädigungs- und Zerstörungshandlung – baubedingte Rodungen	60
	Fledermauskästen geeignet ökologische Funktion von Fortpflanzungs- und Ruhstätten zu erfüllen	60
OVG Niedersachsen, Ur. v. 27.08.2019 – 7 KS 24/17	Beschädigungs- und Zerstörungsverbot	
	Begriff der Fortpflanzungs- und Ruhstätten – zeitlicher Dimension des Schutzes	381
VGH München, Ur. v. 10.08.2020 – 15 N 19.1377	Beschädigungs- und Zerstörungsverbot	
	Begriff der Fortpflanzungs- und Ruhstätten – zeitlicher Dimension des Schutzes	46
OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 27.04.2017 – 8 B 10738/17	Beschädigungs- und Zerstörungsverbot	
	Waldschnepfe – Beschädigungs- und Zerstörungshandlung – Geräuschimmissionen übertönen Balzrufe – im konkreten Fall kein Verstoß, da Erhaltungszustand nicht verschlechtert	21

Ausnahmeverfahren

Entscheidung	Themenschwerpunkt	Randnummer
EuGH, Urt. v. 26.01.2012 – Kommission/Polen – Rs. C-192/11	Ausnahmeverfahren	
	Nationale Ausnahmeregelung „zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses“ – Verstoß gegen Art. 9 Vogelschutz-RL	39 ff.
EuGH, Urt. v. 16.02.2012 – Solvey – Rs. C-182/10	Ausnahmeverfahren	
	Begriff des „öffentlichen Interesses“ im Sinne von Art. 6 Abs. 4 FFH-RL	77
EuGH, Urt. v. 11.09.2012 – Nomarchiaki Aftodioikisi Aitomloakarnanias u. a. – Rs. C-43/10	Ausnahmeverfahren	
	Begriff „überwiegend“ im Sinne von Art. 6 Abs. 4 FFH-RL	121
GA Kokott, Schlussanträge v. 03.09.2015 – Kommission/Bulgarien – Rs. C-141/14	Ausnahmeverfahren	
	Möglichkeit der Anwendung von Art. 6 Abs. 4 FFH-RL auf Windenergie	132 ff.
EuGH, Urt. v. 21.06.2018 – Kommission/Malta – Rs. C-557/15	Ausnahmeverfahren	
	Überblick – Anforderungen des EuGH an Ausnahme nach Art. 9 Vogelschutz-RL	47 f.
EuGH, Urt. v. 25.07.2018 – Grace and Sweetman – Rs. C-164/17	Ausnahmeverfahren	
	Möglichkeit der Anwendung von Art. 6 Abs. 4 FFH-RL auf Windenergie	57
EuGH, Urt. v. 29.07.2019 – Inter-Environment Wallonie u. a. – Rs. C-411/17	Ausnahmeverfahren	
	Ausnahme nach Art. 6 Abs. 4 FFH-RL – Stromversorgungssicherheit	157
	Ausnahmeverfahren	

EuGH, Urt. v. 10.10.2019 – Tapiola – Rs. C-674/17	Begründungspflichten	41
	Geeignetheit zur Zielerreichung	44 f.
	Keine anderweitige zufriedenstellende Lösung	47
	Ermittlung des günstigen Erhaltungszustandes	58 f.
	Ungewissheit über Auswirkungen auf den Erhaltungszustand	66
BVerwG, Urt. v. 27.01.2000 – 4 C 2/99	Ausnahmeverfahren	
	Zum Begriff der Alternative nach Art. 6 Abs. 4 FFH-RL	30
BVerwG, Urt. v. 12.03.2008 – 9 A 3/06	Ausnahmeverfahren	
	Alternativenprüfung im Habitatschutz	159
	Naturschutzexterne Gründe	172
	Anwendung des § 43 Abs. 8 Nr. 5 BNatSchG a.F. auf europäische Vogelarten – offengelassen	262
BVerwG, Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/07	Ausnahmeverfahren	
	Begriff der „öffentlichen Sicherheit“ in Art. 9 Vogelschutz-RL	124
BVerwG, Urt. v. 14.04.2010 – 9 A 5/08	Ausnahmeverfahren	
	Grundsätze des EuGH zum schlechten Erhaltungszustand	140-142
BVerwG, Urt. v. 14.07.2011 – 9 A 12/10	Ausnahmeverfahren	
	Gesamtbetrachtung	146
	Erhaltungszustand	146

BVerwG, Ur. v. 08.01.2014 – 9 A 4/13	Ausnahmeverfahren	
	Grad der Zielerreichung der Alternative	72
	Unverhältnismäßige Kosten als naturschutzexterner Belang	72
BVerwG, Ur. v. 23.04.2014 – 9 A 25/12	Ausnahmeverfahren	
	Geltung der Grundsätze im Habitatschutz	120
	Wohnbebauung als naturschutzexterner Belang	123
BVerwG, Ur. v. 09.11.2017 – 3 A 4/15	Ausnahmeverfahren	
	Gesamtbetrachtung bei Erfüllung mehrerer Verbotstatbestände	62
VGH Bayern, Ur. v. 19.02.2014 – 8 A 11.40040, u. a.	Ausnahmeverfahren	
	Anwendbarkeit des § 47 Abs. 7 Nr. 4 und 5 BNatSchG auf europäische Vogelarten	848 - 852
VGH Bayern, Beschl. v. 29.12.2016 – 22 CS 16.2162	Ausnahmeverfahren	
	Baumfalke – Rechtmäßigkeit der Ausnahme – keine Prüfung im vorläufigen Rechtsschutz	41
	Anwendbarkeit des § 47 Abs. 7 Nr. 5 BNatSchG auf europäische Vogelarten – Windenergieanlage – offengelassen	41
OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 20.02.2020 – OVG 11 S 8/20	Ausnahmeverfahren	
	Anwendbarkeit des § 47 Abs. 7 Nr. 5 BNatSchG auf europäische Vogelarten – keine unionsrechtlichen Bedenken	39

VGH Hessen, Beschl. v. 21.12.2015 – 9 B 1607/15	Ausnahmeverfahren	
	Mäusebussard – geringe Reproduktionsrate im konkreten Fall unbeachtlich	34
VGH Hessen, Beschl. v. 06.11.2018 – 9 B 765/18	Ausnahmeverfahren	
	Mäusebussard – Anwendung von § 45 Abs. 7 Nr. 5 BNatSchG – Ausnahme rechtmäßig	50
VGH Hessen, Beschl. v. 21.02.2019 – 9 B 182/19	Ausnahmeverfahren	
	Mäusebussard – Anwendung von § 45 Abs. 7 Nr. 5 BNatSchG	16, 26
OVG Niedersachsen, Urteil v. 25.10.2018 – 12 LB 118/16	Ausnahmeverfahren	
	Bestimmtheit einer Ausnahme	231
	Anwendbarkeit des § 47 Abs. 7 Nr. 5 BNatSchG auf europäische Vogelarten – Windenergieanlage – offengelassen	232
	Alternativenprüfung – räumlicher Umfang	233
OVG Niedersachsen, Beschluss v. 11.05.2020 – 12 LA 150/19	Ausnahmeverfahren	
	Alternativenprüfung – räumlicher Umfang	52
OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil v. 29.03.2017 – 11 D 70/09.AK	Ausnahmeverfahren	
	Anwendbarkeit des § 47 Abs. 7 Nr. 5 BNatSchG auf europäische Vogelarten offengelassen	958
OVG Nordrhein-Westfalen Beschl. v. 20.02.2018 – 8 B 840/17	Ausnahmeverfahren	
	Ausnahme nach § 47 Abs. 7 Nr. 5 BNatSchG für Tötung europäischer Vogelarten –	31 ff.

	Einwand der Unionsrechts- widrigkeit als verspätet zu- rückgewiesen	
OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 27.04.2017 – 8 B 10738/17	Ausnahmeverfahren	
	Interesse an Nutzung von Windenergie – überwiegen- des öffentliches Interesses nach § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG	8
VG Cottbus, Urt. v. 07.03.2013 – 45 K 6/10	Ausnahmeverfahren	
	Interesse an Nutzung von Windenergie – keine zwin- genden Gründe des über- wiegenden Interesses	89
VG Osnabrück, Urt. v. 20.06.2016 – 2 B 2/16	Ausnahmeverfahren	
	Ausnahme nach § 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 5 BNatSchG rechtmäßig – Interesse an Nutzung von Windenergie – zwingenden Gründe des überwiegenden Interesses	133 f.
VG Gießen, Urt. v. 03.09.2019 – 3 K 250/16.GI	Ausnahmeverfahren	
	Ausnahme nach § 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 5 BNatSchG kommt nicht in Betracht — keine zwingenden Gründe des überwiegenden Interesses für Nutzung der Wind- energie	95 f.
VG Gießen, Urt. v. 22.01.2020 – 1 K 6019/18.GI	Ausnahmeverfahren	
	Keine Anwendung des § 45 Abs. 7 Nr. 5 BNatSchG auf europäische Vogelarten – Windenergieanlage	
	Keine Anwendung des § 45 Abs. 7 Nr. 4 BNatSchG auf europäische Vogelarten –	

	maßgeblich günstige Auswirkungen auf die Umwelt – Windenergieanlage	
	Voraussetzungen des § 45 Abs. 7 Nr. 4 BNatSchG nicht erfüllt – öffentliche Sicherheit – Windenergieanlage	
VG Wiesbaden, Urt. v. 24.07.2020 – 4 K 2962/16.WI	Ausnahmeverfahren	
	Voraussetzung des § 45 Abs. 7 S. 1 Nr. 4 BNatSchG (Interesse der öffentlichen Sicherheit) erfüllt	
	Alternativenprüfung – räumlicher Umfang	

Artenschutzrechtliche Einschätzungsprärogative

Entscheidung	Themenschwerpunkt	Randnummer
BVerwG, Urt. v. 09.07.2008 – 9 A 14/07	Einschätzungsprärogative	
	Fälle der Einschätzungsprärogative	64 ff.
BVerwG, Urt. v. 27.06.2013 – 4 C 1/12	Einschätzungsprärogative	
	Umfang der gerichtlichen Kontrolle	14 ff.
BVerwG, Urt. v. 21.11.2013 – 7 C 40/11	Einschätzungsprärogative	
	Umfang der gerichtlichen Kontrolle	14 ff.
BVerfG, Beschl. v. 23.10.2018 – 1 BvR 2523/13 – 1 BvR 594/14	Einschätzungsprärogative	
	Faktische Grenze der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle	18 ff.
OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 22.08.2018 – 11 S 10.18	Einschätzungsprärogative	
	Umfang der Einschätzungsprärogative	10
VGH Bayern, Beschl. v. 05.11.2019 – 22 CS 19.1568	Einschätzungsprärogative	
	Umfang der Einschätzungsprärogative	16
	Windenergie-Erlass – keine Abweichung ohne sachlichen Grund	17
VGH Hessen, Beschl. v. 06.11.2018 – 9 B 765/18	Einschätzungsprärogative	
	Umfang der Einschätzungsprärogative	34
OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 06.08.2019 – 8 B 409/18	Einschätzungsprärogative	
	Umfang der Einschätzungsprärogative	13 ff.
	Einschätzungsprärogative	

OVG Rheinland-Pfalz, Ur. v. 31.10.2019 – 1 A 11643/17	Der Rechtsprechung des BVerfG folgend Verneinung der Einschätzungsprärogative – Grenzen der Entscheidungszuständigkeit der Gerichte	36
OVG Niedersachsen, Ur. v. 13.03.2019 – 12 LB 125/18	Einschätzungsprärogative	
	Der Rechtsprechung des BVerfG folgend Verneinung der Einschätzungsprärogative – Umfang der gerichtlichen Kontrolle	64 f.
OVG Niedersachsen, Ur. v. 27.08.2019 – 7 KS 24/17	Einschätzungsprärogative	
	Der Rechtsprechung des BVerfG folgend Verneinung der Einschätzungsprärogative – Umfang der gerichtlichen Kontrolle	255 ff.
OVG Saarland, Beschl. v. 05.04.2017 – 2 B 726/16	Einschätzungsprärogative	
	Umfang der Einschätzungsprärogative	14
OVG Sachsen-Anhalt, Ur. v. 19.1.2012 – 2 L 124/09	Einschätzungsprärogative	
	Nicht beweisbare Elemente des Signifikanzkriteriums	46
OVG Sachsen-Anhalt, Ur. v. 16.05.2013 – 2 L 80/11	Einschätzungsprärogative	
	Umfang der Einschätzungsprärogative	42

Nachträglich Artansiedlung

Entscheidung	Themenschwerpunkt	Randnummer
OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 15.03.2012 – OVG 11 S 72.10	Nachträgliche Artansiedlung	
	Qualifizierung der Abschaltzeiten als Inhaltsbestimmung (allerdings nicht in einem Falle der nachträglichen Anordnung)	8
VGH Hessen, Beschl. v. 18.07.2018 – 4 B 1273/18	Nachträgliche Artansiedlung	
	Ermächtigungsgrundlage, Zuständigkeit und Qualifizierung	14 f.
VGH Baden-Württemberg, Beschl. v. 30.06.2016 – 5 S 1984/15	Nachträgliche Artansiedlung	
	Ermächtigungsgrundlage – Zuständigkeit	5 ff.
	Bestehen einer unionsrechtlichen Verpflichtung zum Widerruf offengelassen	15
VGH Baden-Württemberg, Beschl. v. 29.11.2016 – 5 S 2137/16	Nachträgliche Artansiedlung	
	Ermächtigungsgrundlage, Zuständigkeit	7
OVG Niedersachsen, Urt. v. 13.03.2019 – 12 LB 125/18	Nachträgliche Artansiedlung	
	§ 3 Abs. 2 BNatSchG als Ermächtigungsgrund	40
	Abschaltzeiten nicht als teilweiser Widerruf zu qualifizieren	41 ff.
OVG Sachsen, Beschl. v. 05.02.2018 – 4 B 127/17	Nachträgliche Artansiedlung	

	Ermächtigungsgrundlage offengelassen	8 ff.
	Zur Beurteilung der Gefahr i.S.d. § 3 Abs. 2 BNatSchG	14
OVG Sachsen, Beschl. v. 12.04.2019 – 4 B 376/18	Nachträgliche Artansiedlung	
	Ermächtigungsgrundlage im Falle einer Nebenbestimmung nachträglicher Anordnung (§ 12 Abs. 2a BImSchG)	10
OVG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 09.11.2016 – 1 EO 356/14	Nachträgliche Artansiedlung	
	Qualifizierung der Abschaltzeiten als Nebenbestimmung (allerdings nicht in einem Falle der nachträglichen Anordnung)	41 ff
OVG Thüringen, Beschl. v. 10.02.2015 – 1 EO 356/14	Nachträgliche Artansiedlung	
	Qualifizierung der Abschaltzeiten als Nebenbestimmung	38 ff.
VG Augsburg, Urt. v. 17.12.2015 – Au 2 K 15.1343	Nachträgliche Artansiedlung	
	Nachträgliche Anordnung zur Kartierung	23 ff.
VG Kassel, Beschl. v. 02.08.2018 – 2 L 1764/18.KS	Nachträgliche Artansiedlung	
	Ermächtigungsgrundlage – Zuständigkeit	83
VG Minden, Beschl. v. 08.08.2016 – 1 L 1155/16	Nachträgliche Artansiedlung	
	Ermächtigungsgrundlage – Zuständigkeit	15

VG Würzburg, Beschl. v. 05.03.2018 – W 4 S 17.1000	Nachträgliche Artansiedlung	
	Ermächtigungsgrundlage – Zuständigkeit	23 ff., 32
VG Würzburg, Urt. v. 22.01.2019 – W 4 K 17.987	Nachträgliche Artansiedlung	
	Ermächtigungsgrundlage – Zuständigkeit	18 ff.

Anhang II: Rechtsprechung – Habitatschutz

FFH-Verträglichkeitsprüfung

Entscheidung	Themenschwerpunkt	Randnummer
EuGH, Urt. v. 07.09.2004 – Waddenvereinigung – Rs. C-127/02	FFH-Verträglichkeitsprüfung	
	Pflicht zur Durchführung einer Verträglichkeitsprüfung – Voraussetzungen	43
EuGH, Urt. v. 17.04.2018 – Kommission/Polen – Rs. C-441/17	FFH-Verträglichkeitsprüfung	
	Anforderungen an die Verträglichkeitsprüfung	113 ff.
	Beeinträchtigung eines Gebietes als solches – Beeinträchtigung von Tierarten	157

Reichweite des FFH-Gebietsschutz

Entscheidung	Themenschwerpunkt	Randnummer
EuGH, Urt. v. 14.01.2016 – Kommission/Bulgarien – Rs. C-141/14	Reichweite Gebietsschutz	
	Schutzregime faktischer Vogelschutzgebiete	67
EuGH, Urt. v. 26.04.2017 – Kommission/Deutschland – Rs. C-142/16	Reichweite Gebietsschutz	
	Beeinträchtigung der Erhaltungsziele (Tierarten) – Umgebungsvorhaben – Kraftwerk	29 ff.
BVerwG, Urt. v. 01.04.2004 – 4 C 2/03	Reichweite Gebietsschutz	
	Schutzregime faktischer Vogelschutzgebiete	24
BVerwG, Urt. v. 21.01.2016 – 4 A 5/14	Reichweite Gebietsschutz	
	Schutz umfasst Beeinträchtigungen charakteristischer	132

	Arten außerhalb des Schutzgebietes	
BVerwG, Urt. v. 06.04.2017 – 4 A 16/16	Reichweite Gebietsschutz	
	Für die Prüfung der Beeinträchtigung eines faktischen Vogelschutzgebietes gelten die gleichen Maßstäbe wie für die Verträglichkeitsprüfung	22
OVG Niedersachsen, Beschl. v. 04.09.2017 – 12 LA 39/17	Erhaltungszustand	
	Zulässigkeit einer Windenergieanlage in faktischem Vogelschutzgebiet	20 ff.
OVG Niedersachsen, Urt. v. 25.10.2018 – 12 LB 118/16	Windenergieanlage – Beeinträchtigung des Natura 2000-Gebietes – Rotmilan – Verkleinerung des Nahrungshabitats	22 f.
	Windenergieanlage – keine Beeinträchtigung des Natura 2000 Gebietes – Umgebungsvorhaben	192 ff.
OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 27.04.2017 – 8 B 10738/17	Reichweite Gebietsschutz	
	Keine Beeinträchtigung der Erhaltungsziele (Tierarten) – Umgebungsvorhaben – Windenergieanlage	25
OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 20.09.2018 – 8 A 11958/17	Reichweite Gebietsschutz	
	Keine Beeinträchtigung der Erhaltungsziele (Tierarten) – Umgebungsvorhaben – Windenergieanlage	105 ff.
OVG Sachsen, Beschl. v. 27.03.2018 – 4 B 185/17	Reichweite Gebietsschutz	
	Keine Beeinträchtigung der Erhaltungsziele (Tierarten) – Umgebungsvorhaben – Windenergieanlage	27 ff.

OVG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 20.01.2016 – 2 L 153/13	Reichweite Gebietsschutz	
	Vogelschutzgebiete – keine Beeinträchtigung der Erhal- tungsziele (Tierarten) – Um- gebungsvorhaben	52 ff.
VG Kassel, Urt. v. 19.12.2018 – 7 K 2906/16.KS	Reichweite Gebietsschutz	
	Windenergieanlage – Vo- gelschutzgebiete – keine Beeinträchtigung des Na- tura 2000 Gebietes – Um- gebungsvorhaben	

Beeinträchtigung der Erhaltungsziele

Entscheidung	Themenschwerpunkt	Randnummer
EuGH, Urt. v. 07.09.2004 – Waddenvereinigung – Rs. C-127/02	Erhaltungszustand	
	Maßstab der besten einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnisse	54
EuGH, Urt. v. 11.04.2013 – Sweetman u. a. – Rs. C-258/11	Erhaltungszustand	
	Beeinträchtigung der Erhaltungsziele (Tierarten) – Zerstörung des Nahrungshabitats	34 ff., 42
	Art. 6 Abs. 3 S. 2 FFH-RL – Beeinträchtigung des Gebiets als solches – günstiger Erhaltungszustand	39
EuGH, Urt. v. 26.04.2017 – Kommission/Deutschland – Rs. C-142/16	Erhaltungszustand	
	Beeinträchtigung der Reproduktion der Arten im Schutzgebiet	31
EuGH, Urt. V. 17.04.2018 – Kommission/Polen	Erhaltungszustand	
	Beeinträchtigung der Erhaltungsziele (Tierarten) – Zerstörung der Habitate	157, 159, 167 f.
BVerwG, Urt. v. 17.01.2007 – 9 A 20/05	Erhaltungszustand	
	Erhebliche Beeinträchtigung	40 ff.
	Reaktions- und Belastungsschwellen	45
	Erhaltungsziele des FFH-Gebiets	72 ff.
	Maßgebliche Bestandteile des FFH-Gebiets	76 f.
BVerwG, Urt. v. 12.03.2008 – 9 A 3/06	Erhaltungszustand	
	Methode zur Auswertung der Standard-Datenbögen	77

BVerwG, Urt. v. 24.11.2011 – 9 A 23/10	Erhaltungszustand	
	Konkretisierung Abnahme des Verbreitungsgebietes	39
BVerwG, Urt. v. 06.11.2012 – 9 A 17/11	Erhaltungszustand	
	Begriff der charakteristischen Arten	52
BVerwG, Urt. v. 28.03.2013 – 9 A 22/11	Erhaltungszustand	
	Konkretisierung Abnahme des Verbreitungsgebietes	83
BVerwG, Urt. v. 06.11.2013 – 9 A 14/12	Erhaltungszustand	
	Maßstab für die Bewertung des Erhaltungszustandes	45
BVerwG, Urt. v. 21.01.2016 – A 4 5/14	Erhaltungszustand	
	Begriff der erheblichen Beeinträchtigung	70
	Zur Verwendung von pauschalen Irrelevanz-/Bagatellschwellen	122 f.
BVerwG, Urt. v. 06.04.2017 – 4 A 16/16	Erhaltungszustand	
	Maßgebliche Arten im Vogelschutzgebiet	29 ff.
	Methode zur Bestandserfassung	28
	Keine Verpflichtung zur Prüfung aller im Standarddatenbogen genannten Vogelarten	30
VGH Hessen, Urt. v. 26.08.2019 – 4 A 2426/17	Erhaltungszustand	
	Windenergieanlage – Umfang FFH-Verträglichkeitsprüfung	83
OVG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 21.03.2013 – 2 M 154/12	Erhaltungszustand	
	Windenergieanlage – Regelmäßig keine Beeinträchtigung des Vogelschutzgebietes durch Windenergieanlagen in	26

	einer Entfernung von 2000 Metern zum Schutzgebiet	
	Keine Beeinträchtigung des Natura 2000-Gebietes durch Kollisionsgefahren der von Erhaltungszielen erfassten Tierarten	26
	Beeinträchtigung des Natura 2000 Gebietes durch Windenergieanlagen in Flugkorridoren möglich	26
OVG Sachsen-Anhalt, Ur. v. 20.01.2016 – 2 L 153/13	Erhaltungszustand	
	Keine Beeinträchtigung durch Funktionsverlust (Barrierewirkung/Verriegelung)	52, 55
	Berücksichtigung von Mindestabständen in Bewertungshilfen	54
	Regelmäßig keine Beeinträchtigung des Vogelschutzgebietes durch Windenergieanlagen bei 2000 Metern	54
	Keine Beeinträchtigung des Natura 2000 Gebietes durch Kollisionsgefahren der von Erhaltungszielen erfassten Tierarten	61
OVG Niedersachsen, Beschl. v. 04.09.2017 – 12 LA 39/17	Erhaltungszustand	
	Beeinträchtigung des Natura 2000-Gebietes – Rotmilan – Verkleinerung des Nahrungshabitats	22 f.
OVG Niedersachsen, Ur. v. 25.10.2018 – 12 LB 118/16	Erhaltungszustand	
	Populationsgröße – keine Beeinträchtigung durch Verluste einzelner Individuen	194
	Erhaltungszustand	

OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 06.11.2019 – 8 C 10240/18	Keine Verpflichtung zur Prüfung aller im Standarddatenbogen genannten Vogelarten	139 ff.
	Erhebliche Beeinträchtigung	160 f.
VG Gießen, Urt. v. 03.09.2019 – 3 K 250/16.GI	Erhaltungszustand	
	Erhaltungszustand Uhu	98-127

Beeinträchtigung durch kumulative Auswirkungen

Entscheidung	Themenschwerpunkt	Randnummer
EuGH, Urt. v. 24.11.2011 – Kommission/Spanien – Rs. C-404/09	Kumulative Auswirkungen	
	Ermittlung und Berücksichtigung kumulativer Auswirkungen	103, 76-93
EuGH, Urt. v. 26.04.2017 – Kommission/Deutschland – Rs. C-142/16	Kumulative Auswirkungen	
	Ermittlung und Berücksichtigung kumulativer Auswirkungen	57 ff.
BVerwG, Urt. v. 10.11.2009 – 9 B 28/09	Kumulative Auswirkungen	
	Berücksichtigung von Vorbelastungen	3
BVerwG, Urt. v. 09.02.2017 – 7 A 2/15	Kumulative Auswirkungen	
	Berücksichtigung von Vorbelastungen	220
BVerwG, Urt. v. 15.05.2019 – 7 C 27/17	Kumulative Auswirkungen	
	Summationsbetrachtung erfasst verlässlich absehbare Pläne und Projekte	19
	Rückbeziehung der Summationsprüfung in der Regel nicht geboten	43 ff., LS 3
OVG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 20.01.2016 – 2 L 153/13	Kumulative Auswirkungen	
	Berücksichtigung bei der Verträglichkeit lediglich die genehmigte Erweiterung des bestehenden Windparks	58 ff.
OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 06.11.2019 – 8 C 10240/18	Kumulative Auswirkungen	
	Vorbelastungen im Rahmen des Erhaltungszustandes zu berücksichtigen	177

Schadensbegrenzungsmaßnahmen

Entscheidung	Themenschwerpunkt	Randnummer
EuGH, Urt. v. 15.05.2014 – Briels u.a. – Rs. C-521/12	Schadensbegrenzungsmaßnahmen	
	Zum Begriff der Schutzmaßnahme	28
	Ausgleichsmaßnahmen dürfen nicht im Rahmen von Art. 6 Abs. 3 berücksichtigt werden	29
	Schaffung von Ersatzflächen	30 f.
	Ungewissheit der positiven Folgen von Ersatzflächen	32
EuGH, Urt. v. 21.07.2016 – Orleans u.a. – verbundene Rs. C-387/15 und C-388/15	Schadensbegrenzungsmaßnahmen	
	Schaffung von Ersatzflächen	64
	Ungewissheit der positiven Folgen von Ersatzflächen	55, 64
EuGH, Urt. v. 26.04.2017, – Kommission/Deutschland – Rs. C-142/16	Schadensbegrenzungsmaßnahmen	
	Anforderung an Wirksamkeit einer Schutzmaßnahme	33 f.
	Wirksamkeitsnachweis und Monitoring	42 ff.
EuGH, Urt. v. 12.04.2018 – People over Wind und Sweetman – Rs. C-323/17	Schadensbegrenzungsmaßnahmen	
	Keine Berücksichtigung der Schutzmaßnahmen, ob eine Vorprüfung erforderlich ist (Art. 6 Abs. 3 S. 1 FFH-RL)	40
EuGH, Urt. v. 25.07.2018 – Grace und Sweetman – Rs. C-164/17	Schadensbegrenzungsmaßnahmen	
	Unterscheidung Schutzmaßnahme/Ausgleichsmaßnahme	49 ff.
	Ungewissheit der positiven Folgen von Ersatzflächen	53

EuGH, Urt. v. 7.11.2018 – Coöperatie Mobilisa- tion for the Environ- ment und Vereinigung Leffmi- lieu – verbundene Rs. C- 293/17 und C-294/17	Schadensbegrenzungs- maßnahmen	
	Anforderungen an künftige Vorteile aus Schutzmaß- nahmen	130
	Erhaltungsmaßnahmen nach Art. 6 Abs. 1 FFH-RL und vorbeugende Maßnah- men nach Art. 6 Abs. 2 FFH-RL können nicht be- rücksichtigt werden	124
BVerwG, Urt. v. 28.03.2013 – 9 A 22/11	Schadensbegrenzungs- maßnahmen	
	Berücksichtigung von Aus- gleichsmaßnahmen	40 ff.
BVerwG, Urt. v. 23.04. 2014 – 9 A 25/12	Schadensbegrenzungs- maßnahmen	
	Berücksichtigung von Aus- gleichsmaßnahmen	59 ff.
BVerwG, Urt. v. 29.05.2018 – 7 C 18/17	Schadensbegrenzungs- maßnahmen	
	Anwendung der EuGH Rechtsprechung	41 ff.
OVG Niedersachsen, Urt. v. 25.10.2018 – 12 LB 118/16	Schadensbegrenzungs- maßnahmen	
	Berücksichtigung im Rah- men der Vorprüfung	198 ff.